

Warum so voreilig?

Von Karin Wenk | Die Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten KEF hat eine Entlastung der Beitragszahler um 73 Cent im Monat vorgeschlagen. Darüber sollen die Ministerpräsidenten bei ihrem Treffen am 12. März entscheiden. Warum so voreilig? Diese Frage drängt sich auf, da die Evaluierung der Auswirkungen des neuen Beitragssystems erst für 2015 vorgesehen ist. Dann liegen die Fakten auf dem Tisch. „Erst dann ließen sich valide Aussagen über Ertrags- und Aufwandsseite der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten machen“, appellierten die Personalräte von ARD, ZDF und Deutschlandradio an die Politik, die Entscheidung zu vertagen. Eine Anhebung der Rundfunkgebühr beziehungsweise des Beitrags gab es zuletzt im Jahr 2009. Seither haben die öffentlich-rechtlichen Sender Sparprozesse eingeleitet, Personal abgebaut und Reorganisationsmaßnahmen auf den Weg gebracht. Eine voreilige Absenkung des Rundfunkbeitrags, die auf Prognosen und Vermutungen basiert, werde Arbeitsplätze kosten, zu Einschnitten im Programm und zu einem Verlust an Qualität führen. „Wir fordern Sie deshalb auf, keine Beitragsenkung zum 1. Januar 2015 zu beschließen und sich damit zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk zu bekennen, zu seiner Bestands- und Entwicklungsgarantie und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern“, heißt es in dem Offenen Brief.

Prognostiziert sind Mehreinnahmen von 1,15 Milliarden Euro. Die tatsächliche Höhe ist offen. Was Risiken in sich birgt, wie selbst die KEF eingeräumt hat. Der von den Ländern beauftragte Evaluierer, die Firma DIW Econ, hat in einer Stellungnahme von einer voreiligen Beitragsenkung abgeraten. Eine solche Senkung werde den Ländern die notwendigen Spielräume nehmen, um letztlich Reformen des Beitragsmodells durchführen zu können, heißt es. Der Vorsitzende des HR-Rundfunkrates Jörn Dulige erinnerte an die „juristischen Verfahren, beispielsweise eines Autovermieters oder einer Drogeriekette, deren Ausgang völlig offen ist und die zu erheblichen Reduzierungen der von der KEF genannten Einnahmen führen könnten“. Nun ja, und die Anregung, mit den Mehreinnahmen die Werbefreiheit des öffentlich-rechtlichen Rundfunk zu kompensieren, ist vielleicht mehr als eine Überlegung wert!

Auf ein Wort



Streikversammlung im Bunten Haus in Sennestadt



„Gutes kann nicht billig sein“, hieß es in Frankfurt

TITEL

- 10 Götterdämmerung mit Lokalkolorit**
Von Günter Herkel
- 12 Buchrezension**
Das verkannte Ressort
- 13 Vom Papier zum Netz**
Interview mit Joachim Braun, Chefredakteur Nordbayerischer Kurier (Bayreuth), über den Weg zu einem „24-Stunden-Redaktionschluss“

AKTUELL

- 4 Verlegern „Giftzähne“ gezogen**
Warnstreiks der Journalisten an Tageszeitungen brachten Bewegung in die Verhandlungen
- 6 Preis für Courage im Filmalltag**
ver.di FilmUnion und BFFS vergeben im Rahmen des Deutschen Schauspielerspreises erstmals die Auszeichnung „Starker Einsatz“
- 7 Personalien, Veranstaltungen, Seminare**
- 7 Einladung Mitgliederversammlung des ver.di-Senderverbandes HR**

KOLUMNE

- 8 Mehr Empathie**
Von Gerechtigkeit, Vielfalt und Teilhabe in den Medien

PORTRÄT

- 9 Der Team-Player**
Andreas Bohne: Ein neuer Mann an der Spitze des ver.di-Betriebsverbandes im ZDF

TARIFE + BERUF

- 15 Miteinander aktiv**
Vor und nach den Wahlen:
Erfolgreiche Betriebsratsarbeit in Rostock und Halle
- 16 Auf dem Weg zum 12-Stunden-Drehtag**
- 16 Verlag Vorwärts noch immer ohne Tarif**
- 16 Schon entdeckt? Photonews**
- 17 Gerecht verteilt**
Berlinale: ver.di-FilmUnion zur Kinoerlösbeteiligung
- 18 Ein Tarif für Mutter und Töchter**
Verhandlungen für dpa-Beschäftigte in Berlin und Bonn begonnen
- 18 Österreich: Gehälter für Journalisten an Zeitschriften steigen**
- 18 Warnstreik beim Tectum-Verlag in Marburg**

MEDIEN + WIRTSCHAFT

- 19 Bauer-Verlag setzt sich durch**
Urteil: Vereinbarungen des Presse-Grosso behindern Wettbewerb
- 19 Skepsis beim Kartellamt**
Funke muss bei seinem Programm-Zeitschriften-Deal mit Springer nachbessern
- 20 Fokus auf Angebote in englischer Sprache**
Deutsche Welle auf dem Weg zu einem ganz Großen unter den Auslandssendern
- 22 Gegen Entlassungen und Tarifflicht beim Ippen-Imperium in München**
- 22 Kehraus bei DuMont Schauberg**
Berliner Zeitung: Erstmals Kündigungen kompensiert
- 23 Münchener Abendzeitung geht in die Insolvenz**
Traditionsblatt kann jahrelange Verluste nicht mehr ausgleichen

MEDIEN + GESELLSCHAFT

- 24 VG-Wort: Verteilung wie geplant**
Nachausschüttungen im Februar – und weit mehr in der Zukunft
- 24 Zwölf Verlage in der VG Media**
Viele Unwägbarkeiten beim Presse-Leistungsschutzrecht
- 25 Die Nazis und ihre Medien**
Gewerkschaftsveranstaltung in Hessen traf auf große Resonanz



Hamburg: Forderungszebrastreifen zum Verhandlungslokal

Marsch zum Stuttgarter Schlossplatz

MEDIEN + INTERNATIONAL

- 26 Journalist mit Leibwächter**
Kolumbien: Wegen kritischer Berichte im Visier der Paramilitärs
- 27 Journalisten angefeindet, verfolgt, ermordet**
Interview mit der Journalistin Dina Meza aus Honduras
- 28 Aktion für Elena Klimova, Russland**
- 28 Außerhalb der Einflussnahme**
Mexikos meistgelesenes Magazin Proceso behauptet seine Unabhängigkeit
- 29 Japan: Medien unter Druck**
Berichte über die Situation in Fukushima werden zensiert

SERVICE / LEUTE

- 30 Leute**
- 30 Impressum**

SERVICE ZUM SURFEN

Der Service ist im Netz unter:
<http://mmm.verdi.de/service>



Foto: Chivv-Polentz

Editorial

Streiks zeigten erste Wirkung

Das „Tarifwerk der Zumutungen“ wie die Journalistinnen und Journalisten an Tageszeitungen den Verleger-Vorschlag für neue Tarifverträge bezeichnen, fand auch Anfang März keine Zustimmung. Zwei Streikwellen in mehreren Bundesländern hatten erste Wirkung gezeigt. Es kam Bewegung in die Verhandlungen. Den Verlegern konnten die „Giftzähne“ gezogen werden. Von einem Durchbruch will ver.di aber nicht sprechen. Der Verlegerverband hält daran fest, den Manteltarif zu verschlechtern, Jahresleistung und Urlaubsgeld zu kürzen. Kompensieren wollte man das mit einer Mini-Gehaltserhöhung. Unterm Strich soll eine Null oder gar ein Minus für jene stehen, die die Zeitung Tag für Tag mit Journalismus füllen. Kein Wunder, dass die Zeichen bei ver.di für Urabstimmungen auf Grün stehen! (S. 4/5)

Weniger um die Kosten als viel mehr um die Qualität des Journalismus im Lokalen ging es jüngst in Bayreuth. Die Binsenweisheit, dass guter Journalismus etwas kostet, sei an dieser Stelle einmal als bekannt vorausgesetzt! Die lokale „Götterdämmerung“ hat vielerorts bereits eingesetzt, wurde auf der Tagung Lokaljournalismus konstatiert. Interessante Beispiele zeigten, wie Lokalzeitungen auf die Digitalisierung reagieren, um auch künftig nah bei ihren Lesern zu sein. Vor dem Hintergrund, dass bereits zwei Drittel der Rezipienten digitale Informationsquellen nutzen, werden interessante Online-Projekte aufgelegt. (S. 10–14)

Mitgestalten und Mitbestimmen, wie es in Redaktionen, Druckereien, im Sender oder in anderen Produktionsfirmen konkret am Arbeitsplatz zugeht, kann jeder. Bedingung dafür ist, eine starke Arbeitnehmervertretung zu wählen oder selbst in dieser mitzuarbeiten. Die Chance dafür besteht noch bis Ende Mai. Wie erfolgreich Betriebsratsarbeit aussehen kann, zeigt M (S. 15) an Beispielen in Rostock und Halle (NRW). Und dass engagierte Personalräte gleichfalls für den Vorsitz eines ver.di-Senderverbandes taugen, beschreibt M im Porträt über den neuen Mann in dieser Funktion im ZDF (S. 9). Beteiligung ist auch gefragt, wenn bei der Deutschen Welle Reformen ins Haus stehen. Offenbar gibt es an dieser Stelle noch Nachholbedarf! (S.21)

Karin Wenk,
verantwortliche Redakteurin



Foto: Joachim E. Rötgers/GRAFFITI

„Goldtaler“ anstatt einer Nullrunde fordern die Journalisten in Stuttgart

Verlegern „Giftzähne“ gezogen

Warnstreiks der Journalisten an Tageszeitungen brachten Bewegung in die Verhandlung

Die „Giftzähne“ der Verleger konnten gezogen werden, brachte es ver.di nach der achten Verhandlungsrunde für die rund 14.000 Redakteurinnen und Redakteure sowie Freie und Pauschalisten bei Tageszeitungen am 8. März in Hamburg auf den Punkt. Einen Durchbruch habe es trotz einiger Fortschritte dennoch nicht gegeben. Die Streiks der letzten Tage und Wochen haben damit erste Wirkung gezeigt. Weitere Streiks sind nicht ausgeschlossen und um den Druck zu erhöhen, hat die dju-Tarifkommission bereits auch grünes Licht für Urabstimmungen gegeben. Die Verhandlungen werden am 26. März fortgesetzt.

Denn der Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger (BDZV) hält nach wie vor an seiner Forderung fest, die manteltarifvertraglichen Regelungen zu verschlechtern. „Die Verlegervertreter beharren auf Kürzungen, zum Beispiel der Absenkung der Jahresleistung und des Urlaubsgeldes von 175 auf 150 Prozent und Einschnitten bei den Urlaubstagen. Selbst wenn ein solcher Einschnitt dadurch scheinbar kompensiert würde, dass auf das nach wie vor magere Angebot von einem Jahr ohne Gehaltserhöhung und einem zweiten Laufzeitjahr mit nur 1,4 Prozent mehr Geld noch was drauf gelegt wird: Es liefe am Ende nicht nur auf ein Nullsummenspiel, sondern auf ein echtes Minusgeschäft hinaus. Das lehnen die streikenden Kolleginnen und Kollegen ab“, erklärte der stellvertretende ver.di-Vorsitzende und Verhandlungsführer Frank Werneke.

Erste Fortschritte seien bei den Verhandlungen mit dem BDZV hingegen in der Frage nach der Einbeziehung der Onliner erreicht worden: „Was es heute an Bewegung gegeben hat, ist wesentlich den zwei Streikwellen zu verdanken, mit denen über Tausend Journalistinnen und Journalisten in den vergangenen

Wochen ihren Forderungen nach spürbar mehr Geld und einer Einbeziehung der Onliner in die Tarifverträge Nachdruck verliehen und Einschnitten eine deutliche Absage erteilt haben. Das verdient unseren Respekt. Es konnten auch die Giftzähne bei den Verlegerforderungen wie eine Reduzierung von Tarifleistungen nach langer Krankheit gezogen werden“, sagte Werneke.

Tarifwerk der Zumutungen. Das von den Verlegern propagierte „Tarifwerk Zukunft“ wurde von den Beschäftigten aus den Zeitungsredaktionen sehr schnell als „Tarifwerk der Zumutungen“ enttarnt. Es gehe darin schlicht um Kürzungen zulasten der Redakteurinnen und Redakteure. Deren Arbeitsdruck steige jedoch angesichts der wachsenden Zahl der redaktionellen Vertriebswege im Zuge der fortschreitenden Digitalisierung ständig, bei gleichzeitigen Reallohnverlusten über die letzte Dekade hinweg. Wer angesichts dessen zum Beispiel verlange – wie es die Verleger bis zum 8. März taten –, dass Krankheitstage, die über den Zeitraum der Lohnfortzahlung hinaus gehen, durch das Streichen von Urlaubstagen ausgeglichen werden, verate damit viel über eine Haltung, die das Gegenteil von Wertschätzung ausdrückt. Und ginge es nach den Verlegern, sollen Gehaltsgruppen und die Berufsjahresstaffel so zusammengestrichen werden, das Neueinsteiger künftig über fünf Prozent weniger Geld bekommen: „Das hat natürlich auch unmittelbar Auswirkungen auf Leistungen wie die von der Gehaltshöhe abhängige Altersversorgung. Und weniger Urlaub sollen sie auch bekommen. Die Arbeit jener, die die Zeitung der Zukunft produzieren, soll also schon heute entwertet werden“, machte Werneke deutlich. Und die Beschäftigten in den Redaktionen setzen dem Ansinnen der BDZV-Vertreter entgegen: „Wir wollen ein echtes und spürbares Plus im Geldbeutel und kein Kompensationsgeschäft nach dem Modell rechte Tasche, linke Tasche, wo auf der einen Seite eine Kürzung im Manteltarifvertrag durch eine kleine Erhöhung des mageren Gehaltsangebots scheinbar „kompensiert“ wird. Denn was weg ist, ist weg!“ 5,5 Prozent mehr Gehalt und Honorar sowie eine Weiterentwicklung der journalistischen Ausbildung stehen daher nach wie vor im Forderungskatalog.

dju-Bundesgeschäftsführerin
Cornelia Haß und
Gewerkschaftssekretärin
Anja Willmann auf der
Kundgebung in Frankfurt



Foto: Jan Jacob Höffmann

In sieben Bundesländern gingen Redakteurinnen und Redakteure, Pauschalisten und freie Journalistinnen, nicht selten gemeinsam mit Verlagsmitarbeiterinnen und Druckern, auf die Straße, um ihren Unmut über die Herabsetzung ihrer Leistungen kund zu tun. In Baden-Württemberg waren Beschäftigte von bis zu zwölf Tageszeitungen wie der *Stuttgarter Zeitung* dabei, mitunter mehrere Tage am Stück. „Nicht kreativ zum Nulltarif“ oder „Gutes kann nicht billig sein“, hieß es am 7. März bei einer großen Demonstration auf dem Stuttgarter Schlossplatz. Den zweiten Tag in Folge hatten am 7. März rund 100 Redakteurinnen und Redakteure der Zeitungen des Medienhauses Südhessen (*Darmstädter Echo*) und der *Frankfurter Neuen Presse* (FNP) und ihrer Regionalausgaben die Arbeit niedergelegt.

An einer Kundgebung vor dem Verlag der FNP in Frankfurt nahmen auch Delegationen anderer Medienunternehmen teil wie der PDF, einem redaktionellen Zuarbeiter der *Frankfurter Rundschau*, sowie der Telemarketingfirma und FAZ-Tochter maincom. Die dju-Bundesgeschäftsführerin Cornelia Haß hatte in ihrer Rede auf der Kundgebung den Beginn einer neuen Streikwelle angekündigt, die auch wieder Redaktionen in anderen Bundesländern erreichen werde. Damit sollte für die Fortsetzung der Tarifverhandlungen in Hamburg ein Zeichen gesetzt werden. Haß sagte: „Diese Streikwelle verleiht den Forderungen der Journalistinnen und Journalisten, fest angestellten wie freien, nach spürbar mehr Geld und der Abbildung der realen Verhältnisse in modernen Redaktionen durch Einbeziehung der Onliner in den Geltungsbereich der Tarifverträge Nachdruck. Sie zeigt, dass unsere Forderungen von einer breiten betrieblichen Basis getragen und unterstützt werden, die dem Kürzungsprogramm des BDZV eine klare Absage erteilen.“

Am Abend und in der Nacht zum 7. März traten auch rund 90 Beschäftigte der Frankfurter Societäts-Druckerei (FAZ u.a.) und der Westdeutschen Verlags- und Druckerei Gesellschaft in Mörfelden (*Rheinische Post*) in einen Warnstreik. Sie unterstützten damit die ver.di-Forderungen. Die Verhandlungen für die Druckindustrie werden am 12. März in Hamburg in dritter Runde fortgesetzt (kurz nach Andruck der M). Wegen der Streiks erschienen am 7. März mehrere Tageszeitungen in Frankfurt und Südhessen nur in reduziertem Umfang.

In Bayern waren die rund 130 Beschäftigten aus Verlag und Redaktion der Süddeutschen Zeitung sowie die Belegschaft des *Oberbayerischen Volksblattes* (Rosenheim) mit dabei. Redakteurinnen und Redakteure, Freie und Pauschalisten der Tageszeitungen *Die Glocke*, *Haller Kreisblatt*, *Herforder Kreisblatt*, *Mindener Tageblatt*, *Mindener Tageblatt Online/Service*,

Neue Westfälische, *OWL-Online*, *Panorama-Verlag- & Werbeges.*, *Vlothoer Anzeiger*, *Westfalen-Blatt* sowie dem Zeitungsverlag für das Hochstift Paderborn trafen sich im „Bunten Haus“ der Gewerkschaft ver.di in Sennestadt in Ostwestfalen-Lippe und diskutierten über die unzumutbaren Ansinnen der Verleger nach einer Nullrunde, die schlechtere Arbeitsbedingungen zur Folge hätte. Das wurde einmütig zurückgewiesen. Ebenso wie die Journalistinnen und Journalisten folgten auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Zeitungsherstellung der *Neuen Westfälischen* in der Druckerei Küster-Pressdruck dem Streikaufruf.

Der Verhandlungsführer des BDZV, Georg Wallraf, spricht von einer „Annäherung in den bisher sehr unterschiedlichen Standpunkten“ bei den Verhandlungen. „Wir haben Missverständnisse ausgeräumt und erstmals in unterschiedlichen Modellen für eine Tarifeinigung, die die Regionalisierungsproblematik einschließt, gedacht.“ Alle Materien, und somit auch die Gehaltstabellen, seien mit DJV und dju in ver.di diskutiert worden. Angesichts dessen gäbe es aus seiner Sicht keinen Grund für weitere Streikmaßnahmen.

Das sehen die Journalistinnen und Journalisten anders. Sie setzten ihre Warnstreiks vor allem in Baden-Württemberg und Ostwestfalen das gesamte Wochenende nach der achten Verhandlung fort.



Foto: Matthias Thurm

Karin Wenk ■

Den „richtigen Weg“ weisen Protestierende in Hamburg vor dem Verhandlungslokal

Streik in der Druckerei der Neuen Westfälischen – Küster-Pressdruck

Foto: Sarah Jonek

Aufruf

Europäische Bürgerinitiative für Medienvielfalt und Pressefreiheit

Die European Alternatives und die Alliance Internationale de Journalists arbeiten seit 2010 für die Gründung einer europäischen Initiative für Medienpluralismus. Sie setzt sich für die Idee ein, dass die europäischen Institutionen das Recht auf freie, unabhängige und pluralistische Informationen schützen sollten. Die Europäische Initiative für Medienpluralismus (EIMP) vereint Organisationen, Medien und Berufsverbände aus ganz Europa mit dem unmittelbaren Ziel, eine Europäische Bürgerinitiative (EBI) voranzutreiben, welche die Einführung einer EU-Richtlinie über Medienpluralismus fordert.

Was genau wird gefordert: Die Europäische Union soll eine Medienpluralismus-Richtlinie entwickeln, die einer Eigentumskonzentration im Medien- und Werbemarkt entgegenwirkt, die die Unabhängigkeit bestehender Aufsichtsgremien von politischem Einfluss garantiert, die dem Missbrauch von vorherrschender Meinungsmacht für wirtschaftliche und politische Partikularinteressen vorbeugt, die in Form eines regelmäßigen Berichts über Medienkonzentration in den Mitgliedsstaaten die Medienbesitzstrukturen transparent macht und die Unabhängigkeit der Medien bewertet. Leitlinien und best practices neuer, zukunftsfähiger Verlagsmodelle sollen die Qualität des Journalismus garantieren und diejenigen unterstützen, die in dieser Branche arbeiten.

Die dju in ver.di unterstützt die Bürgerinitiative und bittet ihre Mitglieder um ihre Unterschrift:

<http://tinyurl.com/lg74zrv>

Mehr Informationen:

<http://www.mediainitiative.eu/de/>

Preis für Courage im Filmalltag

ver.di FilmUnion und BFFS vergeben im Rahmen des Deutschen Schauspielerspreises erstmals die Auszeichnung „Starker Einsatz“

Mit einer festlichen vierstündigen Gala wurde zur Berlinale am 10. Februar im Stage Theater des Westens der Deutsche Schauspielerspreis 2014 verliehen. Erstmals ehrten ver.di FilmUnion und der Bundesverband der Film- und Fernsehchauspieler (BFFS) mit dem Sonderpreis „Starker Einsatz“ ein Filmproduktionsteam, das sich engagiert und erfolgreich für Fairness und gute Arbeitsbedingungen am Set eingesetzt hat.

Das Theater: nahezu bis auf den letzten Platz besetzt. Die Atmosphäre: locker, fröhlich und gespannt auf die Bekanntgabe der Gewinner. Dabei gehe ein „kämpferischer Geist durch den Saal, der mich freut“, so Produzent Günter Rohrbach, Gewinner des Ehrenpreises „Inspiration“. Er brachte auf den Punkt, was diesen Abend auch ausmachte. Preisträgerinnen und Preisträger wiesen immer wieder auf den Wert der Teamarbeit bei einer Filmproduktion hin und wie wichtig es sei, für gute Bedingungen beim Dreh und darüber hinaus einzutreten. Mitglied in einem Verband oder einer Gewerkschaft zu sein, sei wichtig, klang es von der Theaterbühne. So konnte es keinen besseren Rahmen für den Sonderpreis „Starker Einsatz“ geben, mit dem die Partner ver.di FilmUnion und BFFS die Dramaturgin und Produzentin Ulrike Grote gemeinsam mit der Autorin und Regisseurin Ilona Schultz auszeichneten.

Die Gründerinnen der FORTUNE COOKIES Filmproduction nahmen den Preis für ihr Projekt „Die Kirche bleibt im Dorf“ – zwei Kinofilme und 24 Folgen Serie im SWR – entgegen.

Dazu der Laudator, Kameramann Stefan Nowak von der ver.di FilmUnion, der gemeinsam mit dem Schauspieler Heinrich Schafmeister vom BFFS den Preis überreichte: „Im Film- und Fernsehgeschäft werden Rekordgewinne eingefahren und gigantische Erlöse aus der Haushaltsabgabe geschöpft – Geld wäre also genug da. Allerdings werden diese Milliarden immer weniger dafür ausgegeben, diejenigen, die die Inhalte für Kinoleinwände und Fernsehschirme kreativ erschaffen und gestalten, angemessen zu bezahlen. Die Budgets der Sender schrumpfen und damit die Anzahl der Jobs. Und wer einen Job hat, muss intensiver, oft ohne Pausen und länger arbeiten – das dann aber an weniger Drehtagen und für weniger Geld.“

„Wer in dieser Situation Unrecht benennt und unanständige Budgets oder Honorarangebote ablehnt“, so Nowak weiter, „wer sich für angemessene Bezahlung und menschenwürdige Arbeitsbedingungen stark macht, setzt viel aufs Spiel. Im schlimmsten Fall wird man nicht mehr gebucht. Aber im besten



Foto: Philipp Plum

Preisträgerin Ilona Schultz

Fall lassen sich sogar angemessene Budgets und Arbeitsbedingungen erreichen. Man geht also ein hohes Risiko ein, wenn man sich nicht damit abfindet, unter immer schlechteren Bedingungen immer höhere Qualität abliefern zu müssen. Aber, wie unsere beiden Preisträgerinnen beweisen, wer viel wagt, hat auch viel zu gewinnen. Kämpfen macht Spaß. Und wer die Verhältnisse ändert, ändert auch sein Leben. Dazu braucht es allerdings Mut, Kreativität und die Bereitschaft zur Solidarität – vielleicht auch ein bisschen Sturheit.“ Diese „Tugenden“ würden nun mit dem Preis „Starker Einsatz“ gewürdigt, so Nowak.

Transparenz und Miteinander. Die Branche leide unter Magersucht, ihr sei eine Nulldiät verordnet, beschrieb Preisträgerin Ilona Schultz die gegenwärtige Filmproduktion. Sie hätten keinen Film von der Stange gemacht“, was mit einem „großartigen Team“ auch möglich sei, bedankte sich die Regisseurin bei ihren Mitstreitern. Der Preis stehe „für Transparenz und Miteinander“. „Wir sollten es uns nicht gefallen lassen, wenn die Budgets der öffentlich-rechtlichen Sender schrumpfen, sondern kämpfen, dass sie nach oben gehen“, appellierte sie an die Filmschaffenden. Stehende Ovationen begleiteten diese Preisvergabe. Sie hielten an, als Stefan Nowak überraschend einen nicht angekündigten Sonderpreis an Heinrich Schafmeister übergab. Mit dem „Extrastarken Einsatz“ wurde das Engagement des Schauspielers hervorgehoben, mit dem er die Tarifverhandlungen zur Beteiligung an den Kinoerlösen vorantrieb. Dieser Tarifvertrag soll eine gerechte Verteilung der Erlöse an alle Kreativen, die an einem Film mitgewirkt haben, sichern. Er wurde dieser Tage zwischen ver.di und dem BFFS auf der einen Seite und der Produzentenallianz auf der anderen Seite ebenso vereinbart wie der erste Gagen-Tarifvertrag für Schauspieler. <https://mmm.verdi.de/tariferuf/01-2014/kompromisse-sind-noetig-2013-und-moeglich>

Mit dem Deutschen Schauspielerspreis ehrt der Bundesverband der Film- und Fernsehchauspieler (BFFS) seit 2012 Vorbilder, die sich für die Entwicklung der Schauspielkunst verdient gemacht haben. „Es werden Menschen ausgezeichnet, die in besonderer Weise und nachhaltig inspirieren und sich für den deutschen Film als Kulturgut und für die Schauspielkunst einsetzen. Der Preis spiegelt den besonderen Blickwinkel der Schauspieler.“

Als Beste Schauspielerin in einer Hauptrolle in „Pass gut auf ihn auf!“ wurde 2014 Julia Koschitz ausgezeichnet. Klaus Maria Brandauer erhielt den Preis als Bester Schauspieler in einer Hauptrolle in „Die Auslöschung“. Senta Berger wurde für ihr Lebenswerk geehrt.

Karin Wenk ■

Kameramann Stefan Nowak überreicht Schauspieler Heinrich Schafmeister den Preis für seinen „extrastarken“ Einsatz



Foto: Martin Becker

Alle Preise

unter
www.schauspielerpreis.com

Fachgruppe Medien Saar | Mit überwältigender Mehrheit hat die Mitgliederversammlung der Fachgruppe Medien Saar in ver.di den Vorstand bestätigt. Hans Reinhard Barth bleibt für die kommenden vier Jahre Vorsitzender. Zum 2. Vorsitzenden wurde der SR-Personalratsvorsitzende Michael Steinmetz ebenfalls wiedergewählt. Um die Finanzen kümmert sich Hedi Quirin. Beisitzer sind: Christina Kranz, Renate Reißner, Jens Duwe, Diane Kreis, Franz-Josef Ludwig, Moschgan Ebrahimi und erstmals auch ein Kollege der schreibenden Zunft, Thomas Feilen.

ver.di im ZDF | Im ZDF haben – wegen des Ausscheidens des Vorsitzenden Werner Ach zum Jahresende – die Wahlen für den Geschäftsführenden Vorstand von ver.di im ZDF am 30. Januar 2014 stattgefunden. Traditionell stimmen die ver.di-Mitglieder im ZDF weltweit per Briefwahl ab. Aufgefordert waren 1132 Mitglieder, 396 haben tatsächlich abgestimmt. Von den 370 gültigen Stimmen entfielen 340 auf Andreas Bohne (s. Porträt S. 9), der damit neuer Vorsitzender der ver.di im ZDF ist und auch die Tarifverhandlungen im ZDF führen wird. Die weiteren 17 Vorstandsmitglieder haben ebenfalls beachtliche Wahlergebnisse. Als weitere Mitglieder des Geschäftsführenden Vorstands von ver.di im ZDF sind gewählt: Manuela Blodt, Monika Caspari, Claudia Covino, Katja Dünow, Rudolf Gültner, Christian Jung, Karin Karn, Bernhard Luis, Stefan Nowaczyk, Mahnas Rasapur, Uli Röhm, Stefan Röhrich, Achim Schaurer, Matthias Schöberl, Thomas Wagner, Werner Weidner, Gudrun Wöbcke

Kooperation mit Deutscher Welle | ver.di-Mitglieder aus der Medienbranche erhalten künftig bei der Teilnahme an Seminaren der Deutschen Welle 15 Prozent Rabatt. Das sieht eine Kooperationsvereinbarung der beiden Partner vor. Seminarprogramm unter: dw.de/dw-akademie/training/s-11813

Drehscheibe-Blog zur Europawahl | Der drehscheibe-Blog des Lokaljournalistenprogramms der Bundeszentrale für politische Bildung/bpb stellt unter drehscheibe.org/weblog/ bis Ende Mai leicht umsetzbare Ideen im Lokaljournalismus zur Europawahl vor. Lokaljournalisten erklären, wie sie über die Europawahl und EU-Themen berichten oder wo man wichtige Ansprechpartner, Gesetze und politische Maßnahmen für die eigene Region finden kann. Außerdem teilen sie Ideen für interessante Geschichten auf dem Blog mit. Es ist ausdrücklich erwünscht, die Plattform auch zum kollegialen Austausch untereinander zu nutzen. Lokaljournalisten aller Medien sind eingeladen ihre Projekte beizusteuern, direkt per Mail an: padudeck@gmail.com

Seminar zur Darstellung der eigenen Persönlichkeit | Am 10. Mai von 10 bis 14 Uhr im DGB-Haus Frankfurt/Main: Kleidung ist Ausdruck unserer Persönlichkeit. Wenn äußeres Erscheinungsbild, Körpersprache und Persönlichkeit übereinstimmen, wirken Menschen nicht nur authentisch, sondern auch sympathisch. In dem Seminar lernen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer, sich so darzustellen, wie sie es sich wünschen. Dazu gibt es Hintergründe und Tricks.

Referentin: Astrid Bode, Dress Coach, Hamburg. Die Teilnahme ist für ver.di-Mitglieder kostenlos. Nicht-Mitglieder zahlen einen Unkostenbeitrag von 20,00 Euro. Anmeldungen bitte an Anja Willmann: anja.willmann@connexx-av.de

Aktualisierter Ratgeber | Der mediafon-Ratgeber Selbstständige, der auch während des Jahres ständig aktualisiert wird, ist pünktlich zum Jahreswechsel auf den neuesten Stand gebracht worden: Alle neu in Kraft getretenen Gesetze sind eingearbeitet; alle Zahlen, etwa die Rechengrößen der Sozialversicherung, sind auf dem Stand von 2014. <http://www.mediafon.net/ratgeber.php3>

Einladung zur Mitgliederversammlung des ver.di-Senderverbandes Hessischer Rundfunk

am 22. Mai 2014 Uhr um 15.00 Uhr
Sitzungszimmer K1 beim HR (K-Bau, 2. OG),
Bertramstr. 8, 60320 Frankfurt/Main

Tagesordnung

1. Begrüßung durch Doris Piel, Vorsitzende des Senderverbandes
2. Wahl der Versammlungsleitung
3. Beschlussfassung über die Geschäfts- und Wahlordnung
4. Beschlussfassung über die Tagesordnung
5. Wahl der Mandatsprüfungs- und Wahlkommission
6. Wahl der Antragskommission
7. Geschäfts- und Finanzbericht
8. Bericht der Kassenprüfer
9. Aussprache zum Geschäfts- und Finanzbericht
10. Entlastung des Vorstandes und des Kassierers
11. Bericht der Mandatsprüfungs- und Wahlkommission
12. Wahlen und Nominierungen
 - a) Festlegung der Zahl der Verbandsgruppen
 - b) Wahl des/der Vorsitzenden des Vorstandes und der weiteren Mitglieder des Geschäftsführenden Vorstandes (es wird Briefwahl vorgeschlagen)
 - c) Wahl von Delegierten für die Landesfachgruppenkonferenz Medien (27. September 2014)
 - d) Nominierung von Kandidatinnen und Kandidaten für den Landesfachbereichsvorstand (Konferenz am 22./23. November 2014)
 - e) Nominierung von Kandidatinnen und Kandidaten für die Bundesfachgruppenkonferenz Medien (21./22. Februar 2015)
13. Beratung und Entscheidung über Anträge
14. Ausblick auf die Verbandsarbeit unter den Blickpunkten:
 - Zukunftssicherung HR
 - Altersversorgung
 - Beschäftigungssicherung freier Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter
15. Verschiedenes und Schlusswort

Anträge müssen spätestens bis 12. Mai 2014 beim Senderverband eingegangen sein: ver.di-Senderverband beim Hessischen Rundfunk, Vorstand, Bertramstraße 8, 60320 Frankfurt am Main.

Initiativanträge müssen von mindestens 10% der in der Versammlung anwesenden Mitglieder unterschrieben und am Konferenztag vor Abschluss des Tagesordnungspunktes 5 eingereicht sein.

Mehr Empathie

Von Gerechtigkeit, Vielfalt und Teilhabe in den Medien

Von Bärbel Röben | „Für ein soziales und geschlechtergerechtes Europa“ werben Gewerkschafterinnen zum Internationalen Frauentag. Was können Medien dazu beitragen? Anregungen lieferte die Jahrestagung des Netzwerks Medienethik zu „Medien, Ethik und Geschlecht. Gerechtigkeit und Vielfalt in der Medienwelt“.

Die verunglückten Näherinnen in einer Textilfabrik in Bangladesch sind in der FAZ „Arbeiter“, die kritisierte Kieler Ex-Oberbürgermeisterin ist „hysterisch“. Diese Beispiele zeigen, wie unsensibel Medienschaffende mit Vielfalt und Unterschieden umgehen, wie hartnäckig Klischees sich in den Köpfen halten. Derartige Diskriminierungen werden als solche kaum wahrgenommen, denn sie sind tief verankert in patriarchalen Strukturen und neoliberalen Wertvorstellungen unserer Gesellschaft. Welche Perspektiven hat da ein fairer Journalismus?

Denkanstöße aus der Praxis gab Susanne Gaschke – die Politikredakteurin, die Kieler Oberbürgermeisterin wurde und im Oktober 2013 wegen eines beanstandeten Steuervergleichs und der heftigen Berichterstattung darüber zurücktrat. Sie reflektierte über „Fehlentwicklungen in der Mediendemokratie“. Eine ist die verbreitete Selbstwahrnehmung von Journalisten als „Schiedsrichter“, die neutral berichten, obwohl jeder wissen müsse, „dass er die Welt nach subjektiven Kriterien sortiert“. Das hänge damit zusammen, so Gaschke, dass Entscheidungspositionen zumeist mehrheitlich mit Männern besetzt sind, die weniger zu Empathie neigten als Frauen.

Per Federstrich demontiert. Die „härtesten Klopfer kamen von Männern“, meint Susanne Gaschke rückblickend auf ihren Fall – insbesondere auf Berichte in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* und den *Kieler Nachrichten*. Als Frau wurde sie „psychiatrisiert“. Menschen würden „mit ein paar Federstrichen demontiert“ und wenn die Beschuldigungen sich als falsch erwiesen, kaschierten die Medien ihr Fehlverhalten. Dieser „Unmöglichkeit von Selbstkritik“ solle mit „anderen Medienseiten“ begegnet werden, die sich der Sicht der Betroffenen annehmen – als Gegengewicht zur geballten Meinungsmacht. Während die *Kieler Nachrichten* auf Seite eins über einen Nötigungsvorwurf gegen sie und ihren Mann berichteten, erschien die Gegendarstellung als kleine Notiz im Lokalteil. Als weitere Fehlentwicklung nannte Gaschke das „Killer-narrativ“, das der Skandalisierung innewohnt. Da herrsche eine Themenkonvergenz und „kaum einer hat den Mut, das heikle Thema ganz anders zu sehen“. Die meisten Skandalwortführer seien Männer, die „den Rationalitäten ihres Jobs“ folgten.

Mehr Empathie für die Betroffenen – ist das der Schlüssel zu mehr Vielfalt und Fairness in der Berichterstattung? Ein breites Forum für Betroffene eröffnete 2013 der Hashtag „aufschrei“, mit dem Anne Wizorek auf den Sexismusvorwurf der *Stern*-Journalistin Laura

Himmelreich gegen den FDP-Politiker Rainer Brüderle reagierte. Sie erhielt dafür den Grimme Online Award, weil die Sexismusdebatte in Deutschland durch ihre Webinitiative „sämtliche Mediengrenzen übersprang“. Wie die inhaltliche Debatte verlief, referierten die Salzburger Kommunikationsforscherinnen Ricarda Drüeke und Elke Zobl. Sie hatten #aufschrei-Tweets von Januar bis März 2013 analysiert. Zunächst seien eigene Erfahrungen mit Sexismus beschrieben worden, dann folgte eine allgemeine Debatte über Alltagsdiskriminierungen. Zur Sexismusdebatte selbst zählten sie 28 Prozent der Kurznachrichten, 12 Prozent setzen sich mit den Mainstream-Medien auseinander, die z.B. über den „Tugendfuro“-Vorwurf Bundespräsident Gaucks berichteten. Es habe aber kaum Hinweise auf Mehrfachdiskriminierungen – etwa wegen Geschlecht und Herkunft – gegeben. Die Kritik an den zugrunde liegenden patriarchalen Strukturen wird vor allem in feministischen Blogs weitergeführt. Antifeministische Tweets bilden später eigene Hashtags wie „gegenschrei“. Drüeke und Zobl resümierten, dass der Bewegungskultur eine Mobilisierung der Bevölkerung gelungen sei. Das bestätigen ihre Salzburger Kolleginnen Martina Thiele und Marlene Gsenger nach einer Analyse von *Emma*, *Spiegel* und *FAZ*: „Festzuhalten bleibt, dass der #aufschrei gehört wurde, dass er laut genug war, um auch von den zuweilen tauben Noch-Meinungsführermedien wahrgenommen zu werden.“ So kann die Verknüpfung von Off- und Onlinekommunikation eine breitere Teilhabe am Diskurs über Anerkennung von Vielfalt und Gerechtigkeit befördern.

Über nationale Grenzen hinaus. Wie sieht dieser Diskurs aus, wenn es um weltweite, kosmopolitische Zusammenhänge geht? Die Kommunikationsforscherinnen Elke Gritmann und Tanja Thomas untersuchen das anhand einer Analyse von Berichten über den Einsturz einer Textilfabrik in Bangladesch im April 2013. Ihr vorläufiges Fazit: Die westliche Perspektive dominiert die Berichterstattung. Da geht es z. B. um Imageschäden deutscher Unternehmen, die Textilien aus Bangladesch beziehen, und die Verantwortung der KonsumentInnen, die billige Kleidung kaufen. Argumentiert wird auf der Ebene des Konsums, nicht politischer globaler Verantwortung. Adressiert werden die Menschen als VerbraucherInnen, nicht als (Welt-)BürgerInnen. Möglicherweise hängt das damit zusammen, dass in der Bundesrepublik neoliberale Werte von Wettkampf, Stärke und Leistung dominieren, politische Ideale wie Anerkennung von vielfältigen Identitäten, Fairness und Empathie für andere zweitrangig geworden sind.

Vielleicht muss die journalistische Ethik die eigenen Wertmaßstäbe stärker vor dem Hintergrund dieser dominierenden gesellschaftlichen Normen hinterfragen. Mehr Frauen sind kein Garant für Fairness. Sie sind aber ein Hinweis auf die Anerkennung von mehr Vielfalt und Unterschiedlichkeit und damit auch mehr Gerechtigkeit in Medien und Gesellschaft. ■



Foto: iphnet

Dr. Bärbel Röben

Dr. Bärbel Röben lebt als freie Journalistin und Medienwissenschaftlerin in Atten-dorn/Sauerland. 2013 veröffentlichte sie das Buch „Medienethik und die ‚Anderen‘. Multiperspektivität als neue Schlüsselkompetenz“, das Aspekte einer verantwortungsethischen Berichterstattung auslotet.

Infos zur Jahrestagung des Netzwerks Medienethik
www.netzwerk-medienethik.de/jahrestagung/tagung2014/

Der Team-Player

Andreas Bohne: Ein neuer Mann an der Spitze des ver.di-Betriebsverbandes im ZDF



Foto: Rudi Gültner

Bislang kannten ihn die ZDFler als Fachmann in Finanzfragen, einige außerdem auch als torgefährlichen Stürmer des ZDF-Fußballteams. Seit einem Jahr ist der ehemalige Referatsleiter der Personalabrechnung freigestelltes Mitglied im ZDF-Personalratsvorstand. Nun steht er auch an der Spitze des ver.di-Betriebsverbandes im ZDF: Andreas Bohne. In dieser neuen Funktion werden ihm die Kenntnisse in Finanzthemen ebenso hilfreich sein wie die Talente auf dem Fußballplatz.

Über das Wahlergebnis hätte sich manches Vorstandsmitglied großer Volksparteien gefreut: Mehr als 90 Prozent Zustimmung gab es für Andreas Bohne von den Wählerinnen und Wählern der mitgliederstärksten Gewerkschaft im ZDF. Die Wahl war nicht nur wegen der anstehenden Organisationswahlen notwendig geworden, sondern auch weil mit Werner Ach der langjährige Vorsitzende aus Altersgründen ausgeschieden ist. Bei den Neuwahlen gelang dabei nicht nur im Amt des Vorsitzenden der Generationenwechsel, auch der neue Vorstand präsentiert sich deutlich verjüngt. Mit seinen 46 Jahren liegt Bohne schon über dem Altersdurchschnitt.

„Ein Nachfolger von Werner Ach kann gar nicht alle Aufgaben 1:1 übernehmen, die der bisherige Vorsitzende mit seinen über Jahrzehnte angesammelten Gewerkschaftserfahrungen in allen ver.di-Ebenen ausgeübt hat“, sagt Andreas Bohne in seiner ersten Sitzung als neu-gewählter Vorsitzender im ZDF-Betriebsverband. „Ich verstehe mich als Team-Player. Die Interessen der Kolleginnen und Kollegen im ZDF kann ver.di am besten dann vertreten, wenn sich alle Vorstandsmitgliedern mit ihren unterschiedlichen Fähigkeiten und Spezialkenntnissen einbringen. Gewerkschaftsarbeit kann heute keine One-Man-Show sein.“ So wundert es nicht, dass der neue Geschäftsführende Vorstand 17 Mitglieder stark ist und die vielfältigen Bereiche der ZDF-Belegschaft widerspiegelt.

Es ist wie im Fußball: nur mit Verteidigern oder Stürmern allein lässt sich kein Spiel gewinnen. Schon gar nicht, wenn der Gegner so übermächtig erscheint, wie im ZDF. Als Arbeitnehmervertreter muss sich ver.di

nicht nur mit der Geschäftsleitung auseinandersetzen. Für die größten Probleme sorgen KEF und Politik, die vom Mainzer Sender einen gigantischen Personalabbau verlangt haben und weiter verlangen. „Das ZDF musste deshalb in den vergangenen Jahren bereits mehrere hundert Stellen streichen. Als Gewerkschaft konnten wir nur dafür sorgen, dass das sozial verträglich geschieht“, so Bohne. Deshalb hat ver.di einem Vorruhestandsmodell zugestimmt und bei der Tarifrunde 2013/14 einen Solidaritätsfonds vereinbart, der auch durch einen Gehaltsverzicht gespeist wird. Damit können Kürzungen bei jungen Kolleginnen und Kollegen deutlich geringer ausfallen, als es nach den KEF-Vorgaben notwendig wäre. Die gerechte Verteilung der Lasten und der Schutz der freien Mitarbeiter/-innen als schwächstes Glied in der Arbeitskette ist nur ein Ansatz des neuen ver.di-Vorstands. Denn, dass es überhaupt Kürzungen geben muss, damit will sich Bohne nicht abfinden: „ver.di versucht auf allen Ebenen, der Öffentlichkeit und der Politik deutlich zu machen, dass man für gutes Programm auch gutes Personal braucht. Und die Einschnitte beim ZDF-Personal gehen mittlerweile so tief, dass weitere Kürzungen Auswirkungen auf die Programmqualität und die Erfüllung unseres Programmauftrags haben können.“ Und wenn man die Vorschläge der Politik hört, die nach dem neusten KEF-Bericht den Rundfunkbeitrag senken will, dürfe niemand hoffen, dass sich die Situation an dieser Front entspannt.

Mitstreiter gewinnen. Als Fußballer weiß er aber auch: Wenn der Druck des Gegners groß ist, muss man Möglichkeiten zu kontern nutzen. Genau das will ver.di im ZDF tun. „Wir wollen nicht nur reagieren und Schlimmes verhindern, sondern wir wollen agieren und Verbesserungen für die Kolleginnen und Kollegen im ZDF erreichen“, beschreibt Bohne das zweite große Aufgabenfeld. Gesundheitsschutz, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Zeitwertkonten – das sind drei Stichworte auf der ver.di-Agenda. In der Frage von Zeitwertkonten haben die Gewerkschaften bereits die Aufnahme von Tarifverhandlungen gefordert. In den beiden anderen Themen wird ver.di Flagge zeigen. Sobald man den nächsten drohenden Gegenangriff des ZDF abgewehrt hat: „Wenn das ZDF die Aufforderung der KEF zu Verschlechterungen bei der Altersversorgung aufgreift, sind wir als Tarifpartner besonders gefordert“, weiß der neue ver.di-Chef im ZDF. Drohende Verschlechterungen bei der Versorgung lassen sich jedoch nur verhindern, wenn die Mannschaft auf dem Platz energisch dagegen hält und Mitstreiter findet. „Es ist wie beim Fußball: Die Zuschauer im Stadion können ihr Team als zwölften Mann unterstützen – dann kann man auch gegen einen starken Gegner bestehen.“ Für die Gewerkschaft heißt das: ver.di braucht neue Mitglieder. Und auch bei der Mitgliederwerbung hat sich der neue Vorsitzende viel vorgenommen. Da wird er ein starkes Team gut gebrauchen können. **Rudi Gültner ■**

Lokaler Journalismus wird im brancheninternen Ranking vielfach unterschätzt. Dabei sind gerade lokale Medien näher dran an ihren Lesern und Usern als die angesehenen überregionalen Flaggschiffe der hiesigen Publizistik. Aber wie gut vorbereitet sind Lokal- und Regionalzeitungen eigentlich auf die Digitalisierung des Journalismus? Eine Bestandsaufnahme versuchte das 22. Forum Lokaljournalismus“ in Bayreuth unter der Losung „Götterdämmerung – Der Lokaljournalismus erfindet sich neu“. Organisiert wurde die dreitägige Tagung vom Projektteam Lokaljournalisten und der Bundeszentrale für politische Bildung in Kooperation mit dem Nordbayerischen Kurier.

Von Günter Herkel

Götterdämmerung mit Lokalkolorit



Björn Schmidt,
Teilnehmer der Podiumsdiskussion in einem Kommentar auf drehscheibe.org:

„Der Erfolg einer Zeitung ruhe auf mehreren Säulen. Da sei der Chef, der einen hohen Wert auf digitale Medien legen müsse, ... Zudem müssten Verlage Webanalysten einstellen“ für die Analyse am Anfang. Ein weiterer wichtiger Punkt sei die Ausbildung der Volontäre.
<http://tinyurl.com/p3k8qbf>

„Wir müssen uns von der Vorstellung der Zeitung als gedrucktes Produkt freimachen.“ Mit dieser provokativen These gab Michael Rümmele, Geschäftsführer des gastgebenden *Nordbayerischer Kurier*, schon zu Beginn des Forums die Richtung der Debatten vor. Und er legte nach: „In 15, 20 Jahren wird es die Zeitung als gedrucktes Medium nicht mehr geben.“ Heute schon nutzen zwei Drittel der Leser digitale Informationsquellen. Zu Panik bestehe dennoch kein Anlass. Denn gut gemachter Journalismus werde dadurch keineswegs überflüssig. Gerade im digitalen Zeitalter falle ihm die Aufgabe zu, komplexe Dinge zu erklären, unabhängig vom Verbreitungsweg.

Im nördlichen Europa ist diese Erkenntnis offenbar in der Branche schon weiter fortgeschritten als hierzulande. Für Christian Stavik, Digital-Chef der norwegischen Tageszeitung *Faerelansvennen*, ist die Losung „Online First“ längst selbstverständliche Notwendigkeit. Viele Redaktionen hätten das allerdings noch nicht begriffen. Aus einer alten Denke heraus begingen sie immer noch den zentralen Fehler, exklusive Geschichten zuerst in die gedruckte Ausgabe zu rücken und nicht sofort online zu stellen. Stavik: „Was machen Ihre Wettbewerber und die sozialen Medien? Sie greifen sich Ihre Geschichte, diskutieren Ihre Geschichte – nur eine Zeitung hat die Geschichte nicht im Netz: die, die sie kreierte hat. Das kann ja nur eine falsche Strategie sein.“

Seine Zeitung, die zum Schibsted-Konzern gehört, habe 2012 online ein Bezahlmodell eingeführt, und zwar in der Freemium-Variante. Dabei entscheidet die Redaktion, welche Inhalte frei und welche hinter einer Paywall sind. Hauptintention sei gewesen, den Lesern einen zusätzlichen Nutzwert zu bieten. Was interessiert die Abonnenten besonders? „Lokale Breaking News, Fußball, Verkehrsnachrichten“. Vor

der Einführung habe man fünf Kunden pro Tag verloren. Danach habe der Negativtrend gestoppt werden können. Das Freemium-Modell erfordere allerdings eine „starke Umstrukturierung der Redaktion“. Vor dem Relaunch hätten rund 70 Prozent der Redakteure für Online und Print geschrieben. Mittlerweile seien es 100 Prozent. Gleiches gelte auch für das Engagement in sozialen Netzwerken. Den Redakteuren sei es „nicht erlaubt, n i c h t auf Facebook zu sein“, stellte Stavik klar. Der Facebook-Kanal der Zeitung als wichtigstes Instrument, mit dem Leser zu kommunizieren, werde rund um die Uhr betreut.

Aktuelle News in Echtzeit. Die Zeichen der Zeit erkannt hat man auch bei der *Hessisch-Niedersächsischen Allgemeinen*. Nach positiven Erfahrungen beim letztjährigen Hessentag startete vor fünf Monaten das Projekt „Kassel Live“. Über die Online-Plattform Tumblr würden alle aktuellen News in Echtzeit eingespeist, erläuterte *HNA*-Online-Chef Jens Näher: „Wir wollen damit einen Nachrichtenstream erzeugen und alles Relevante, was mit der Stadt Kassel zu tun hat, veröffentlichen.“ Relevant sei nicht nur das, was von den Journalisten so empfunden werde. „Relevant ist, was der Nutzer haben möchte.“

Immer mehr User, so seine Erfahrung, kämen mobil auf die *HNA*-Seiten, per Handy oder Tablet. Auch das Engagement von Leserreportern sei erwünscht. „Man kann über eine einfache App von unterwegs was posten“, vom Stau über den Verkehrsunfall bis hin zu Schnappschüssen im Nahbereich. Die Nutzer erwarteten einen Mix aus Nachrichten und Unterhaltung. Das Ergebnis kann sich sehen lassen: Allein im vergangenen Dezember habe „Kassel Live“ knapp 200.000 Aufrufe erzielt, davon ein gutes Viertel mit mobilen Endgeräten. Für *HNA*-Chefredakteur

Horst Seidenfaden ein ermutigender Start, zumal die Werte „kontinuierlich nach oben“ gehen. Redaktionsschluss um 18:30 Uhr? No way, bei Kassel Live gibt es sowas im Prinzip nicht mehr.

Auch beim *Nordbayerischen Kurier* in Bayreuth gehört Live-Blogging mehr und mehr zum täglichen Handwerk. Jeder ist für alles zuständig, will sagen: Wer aus der Stadtratssitzung berichtet, sollte möglichst Zwischenergebnisse per Tweet absetzen. Als Tool nutze die Redaktion das in die eigene Homepage eingebundene „Scribble Live“, sagt *Kurier*-Chefredakteur Joachim Braun (Interview S. 12). Nicht alle Redaktionsmitglieder würden sofort begeistert die neuen digitalen Herausforderungen annehmen, schränkt Braun ein. Die Redaktionsspitze lebe das aber vor. Um den nicht unbeträchtlichen zeitlichen Aufwand zu kompensieren, habe man sich „vom Terminjournalismus weitgehend verabschiedet“. Die Vereinsbericht-

stellungen. Zur Verarbeitung nutzen die Dortmunder zwei Tools: Datenwrapper, ein laut Ostrop „kostenloses und idiotensicheres Instrument“ und das etwas anspruchsvollere Google Fusion Tables.

Spezielle Recherche. Überraschende Erkenntnisse erbrachte bei den *RN* ein Projekt über den Ausbau des lokalen Mobilfunknetzes. Dabei wurden auf einer Karte alle Mobilfunkmasten in der Region eingezeichnet. In einem Extrakasten konnten die Nutzer ihre Adresse eintippen und überprüfen, wo in der Nachbarschaft der nächste Mobilfunkmast steht. Was als kleiner Service für die Leser gedacht war, führte zu einer unerwarteten Erkenntnis. „Nachdem wir die Daten auf die Karte projiziert hatten, fiel uns auf, dass es mittlerweile Mobilfunkmasten gibt, die ziemlich nah an Schulen, an Kindergärten, an Krankenhäusern stehen“, erläutert Ostrop. Gemeint ist eine freiwillig zwischen



Fotos (3): Ronald Wittek



erstattung als hartes Brot jeder Lokalredaktion wurde beim *Kurier* in eine wöchentliche Beilage ausgliedert.

Beispiele für „Visual Storytelling“ als digitale Erzählform im Lokalen präsentierte Bernhard Rentsch, Chefredakteur des Schweizerischen *Bieler Tagblatt*. „Wir versuchen, unseren Lesern die Botschaften vorwiegend mit Bildern zu vermitteln – sei es mit Fotos oder mit Grafiken“, sagte Rentsch. Die Regel laute: ein großes Bild pro Aufmacherthema. Potentielle Themen sind (umstrittene) kommunale Bauprojekte, wichtige stadthistorische Ereignisse oder auch gesellschaftspolitische Fragen wie Arbeitsmigration. Die Aufbereitung solcher Projekte nehme im Schnitt zwei bis drei Wochen in Anspruch. „Wenn wir aus Platzmangel zwischen Text und Grafik zu entscheiden haben, setzen wir im Zweifel immer auf das Bild.“

Neue Wege gehen auch die Dortmunder *Ruhr-Nachrichten* (*RN*). Deren Redaktion setzt seit drei Jahren das Instrument des Datenjournalismus in der kommunalen Berichterstattung ein. „Datenjournalismus muss digital und interaktiv sein, die Quellen müssen transparent und die Daten frei verfügbar sein“, so das Credo von Philip Ostrop, Dortmunder Lokalchef der *Ruhr-Nachrichten*. Angefangen habe man mit Grafiken, die die Verteilung der Arbeitslosigkeit oder der Kriminalität in der Stadt plastisch dar-

Mobilfunkunternehmen und Stadt vereinbarte spezielle Pufferzone für die Aufstellung von Mobilfunkmasten, mit dem Ziel, die Bevölkerung vor Strahlenbelastung zu schützen. „Durch unsere Visualisierung fanden wir heraus, dass diese Pufferzone mittlerweile unterschritten wird.“ Mithilfe der speziellen Recherche sei es also gelungen, eine gesundheitspolitisch brisante Angelegenheit zu thematisieren. Wermutstropfen bei der Geschichte: Das bedenkliche Ergebnis löste wider Erwarten in der Bevölkerung kaum Betroffenheit aus. Ein Abstumpfungseffekt?

Einen originellen Ansatz für investigative Berichterstattung im Lokalen lieferte Jörg Jung, Chefredakteur der *Böhme Zeitung* in Soltau (Lüneburger Heide). Mangels ausreichender eigener redaktioneller Ressourcen habe man sich dafür entschieden, aufwändige zeitintensive Recherchen an freiberufliche Journalisten auszulagern. Gezahlt werden 22,40 Euro pro Recherchestunde plus Spesen, zuzüglich 74 Cent pro Zeile für das fertige Stück. Derzeit arbeite man mit drei Profis aus Berlin, Hamburg und Soltau zusammen. Zum Themenspektrum gehören Geschichten über die Ausbildung von Soldaten aus Singapur in der Region, die Teilvernichtung von Assads Chemiewaffen im niedersächsischen Munster, aber auch regionalpolitisch Relevantes wie die Pläne zum Ausbau des Bahnnetzes.

Diskussion um die aktuelle Relevanz des Lokaljournalismus in Bayreuth: (v.l.)

Jörg Jung, Böhme Zeitung; Sylvia Binner, Moderatorin; Björn Schmidt, DuMont Net; Christian Stavik, Faedrelansvennen und Horst Seidenfaden, HNA

Christian Stavik aus Norwegen (kleines Foto)

Der Berliner Mitarbeiter recherchierte seit längerem an einer Geschichte über einen Immobilienunternehmer aus der Hauptstadt. Trotz 40 abgeschlossener Interviews habe die Recherche bislang noch nicht zu einer Publikation geführt. Dem nicht geringen Erstaunen der Forumsteilnehmer begegnete Jung mit dem Hinweis, der Besitzer der *Böhme Zeitung* (Verkaufsaufgabe: knapp 11.000 Ex.) denke „nicht betriebswirtschaftlich, sondern verlegerisch“. Klingt gut, stimmt aber nur halb. Die Beauftragung von Freien mit investigativer Recherche hat sehr wohl auch ökonomische Gründe: „Ein fester Redakteur würde mindestens 60.000 Euro kosten“, räumt Jung ein.

Natürlich kommt Lokaljournalismus nicht immer so spannend daher. Vielfach wird der redaktionelle Alltag beherrscht von der Chronistenpflicht zwischen Vereinsberichten und Stadtratsgeschichten. Junge Leser gewinnen, ohne die Alten zu verprellen – kein leichter Job, klagt Maïke Sophie Wessolowski, Leiterin der Lokalredaktion Dillenburg des *Herborner Tageblatts*. Gerade die Jüngeren hätten immer weniger Lust auf Zeitung – wegen der vielen „Lattenzäune“ im Blatt. Nicht alle gehen so weit, Vereinsberichterstattung und Terminjournalismus auszulagern bzw. konsequent zurück zu drängen. Dabei liefert die digitale Entwicklung reichlich Instrumente dafür. 150 Zeilen starke Reiseberichte von Leserreportern in Ich-Form – wer will so was lesen? Kein Mensch, fand die zuständige Redakteurin eines Lokalblatts im Odenwald. Sie dampfte die länglichen Produkte für die Printversion auf 40 Zeilen ein und stellte die Langfassung nur ins Netz. Beschränken? Keine. Vielleicht hat's auch niemand gemerkt. Ein nicht unwichtiges Hindernis für frischeren, modernen Lokaljournalismus ist vieler-

orts – der FROSCHE. Als Frösche bezeichnen Sarkastiker in den Redaktionen Kolleginnen und Kollegen, die bei ihrer Arbeit ein „Freizeitorientiertes SCHonverhalten an den Tag legen, sprich: sich nicht von jahrzehntelang gepflegten Gewohnheiten trennen wollen. „Klingt garstig“, findet Lokalchefin Wessolowski, „ist aber durchaus vielerorts ein Problem“. In dem von ihr geleiteten Praxisgespräch „Motivation und Kreativität“ wurden Strategien ausgeheckt, wie man den lähmenden Alltagstrott von Journalisten in der Provinz in beschwingtere Bahnen lenken könne. Warum nicht mal jungen Kollegen die Chance geben, etwas Neues jenseits von Terminschreibe auszuprobieren, gern auch was Verrücktes? Wie wäre es mit mehr Disziplin, Struktur und Selbstkontrolle, gerade auch beim „Zeitfresser“ Redaktionskonferenz? Und wenn schon Vereinsberichterstattung aus Gründen der Leserbindung unerlässlich ist – warum nicht mal statt der üblichen Chronik den Blick auf einen originellen Aspekt schärfen? „Die Mitarbeiter müssen innerlich brennen?“ Gut gebrüllt – aber diese dann doch bitte auch entsprechend qualifizieren und angemessen bezahlen!

Abschließend wurde in Bayreuth um die „aktuelle Relevanz“ des Lokaljournalismus gestritten. Kleinsten gemeinsamer Nenner: Alle wollen „mutige Lokalzeitungen“, solche, die hartnäckig und kritisch berichten. Was relevant sei, entscheide aber nicht zuletzt der Leser. Darauf müssen sich auch die Lokalmonopolisten in der Provinz einstellen. „Früher hat man nervende Leser mit 14 Tagen Aboentzug bestraft“, sagte Michael Rümmele vom *Nordbayerischen Kurier* vor einem amüsierten Forum. Diese Zeiten sind allerdings definitiv vorbei. ■

Buchrezension

Das verkannte Ressort

Das größte Ansehen auf dem Printsektor genießen hierzulande die wenigen großen überregionalen Tageszeitungen wie *Frankfurter Allgemeine Zeitung* und *Süddeutsche Zeitung*. Für die Herstellung von kommunaler Öffentlichkeit dagegen sind andere Blätter wichtiger, Hunderte von Lokal- und Regionalzeitungen. Gerade im Zeitalter der Globalisierung wächst das Bedürfnis nach lokaler Identität, mithin das Interesse an solider Information über den Nahbereich. Das haben mittlerweile auch viele Verlage und Chefredaktionen erkannt, ohne dass dieser Erkenntnis Taten folgten. Noch immer ist das Lokalressort häufig schlechter ausgestattet als Politik, Sport oder Wirtschaft. Dieses Missverhältnis meinen offenbar die beiden Herausgeber des unlängst erschienenen Sammelbandes zu „Problemen und Perspektiven des Lokaljournalismus“, wenn sie im Titel vom „verkannten Ressort“ sprechen. Die Geringschätzung hat mancherorts zum Entstehen „hyperlokaler“ Konkurrenz in Form von Blogs geführt, die freilich nur in wenigen Ausnahmen ihren Betreibern ein wirtschaftliches Auskommen sichern.

Hervorgegangen ist der Band aus dem von der Landesregierung geförderten Projekt „Initiative Lokaljournalismus in Nordrhein-Westfalen“ (INLOK) an der Uni Dortmund. Im Rahmen des Projekts wurden Lokaljournalist(inn)en zu Weiterbildungskursen an die Hochschule und in verschiedene Medienhäuser eingeladen. Die Erfahrungen aus dieser Fortbildung flossen in das Buch mit ein.

Der Band thematisiert die Strukturen, Entwicklungen und aktuellen Probleme des Lokaljournalismus. Unter anderem geht es um Strategien gegen Leserschwund und sinkende Qualität, um investigative Recherche im Lokalen sowie die Entwicklungschancen verschiedener Sparten des Lokaljournalismus. Auch die potentielle Bedeutung von Migranten als Publikum, Werbekunden oder Journalisten für den Lokaljournalismus wird unter die Lupe genommen.

Ein nützlicher Band nicht nur für den (lokal)journalistischen Nachwuchs, sondern auch für gestandene Blattmacher und Kommunalpolitiker. **kel** ■



Cover: Springer VS

**Horst Pöttker /
Anke Vehmeier (Hrsg.)**

**Das verkannte Ressort –
Probleme und
Perspektiven des Lokal-
journalismus**

Springer VS Wiesbaden,
288 Seiten, 39,99 €
(Für Journalisten gibt es
Freiexemplare bei der
Bundeszentrale für politi-
sche Bildung)

Vom Papier zum Netz

Interview mit Joachim Braun, Chefredakteur Nordbayerischer Kurier (Bayreuth), über den Weg zu einem „24-Stunden-Redaktionsschluss“



Foto: Nordbayerischer Kurier

Joachim Braun (45) ist seit März 2011 Chefredakteur des Nordbayerischen Kurier. Anfang 2013 wurde ihm vom Medium Magazin die Auszeichnung „Chefredakteur (regional) des Jahres 2012“ verliehen.

Die Lokal- und Regionalzeitungen sind ebenso wie die nationalen Blätter von Auflagenrückgang und Anzeigenschwund betroffen. Ist die Lokalzeitung ein Auslaufmodell? Was muss sie tun, um sich auch künftig am Markt zu behaupten?

Joachim Braun | Ein Auslaufmodell ist die Lokalzeitung, wenn man sie nur auf Papier betrachtet. Aber sie ist sicher nicht als journalistisches Modell ein Auslaufmodell. Zeitung ist ja nicht an den Träger Papier gebunden. Das Entscheidende ist, dass die Redaktionen den Wandel hinbekommen, von einem einmal am Tag erscheinenden Medium zu einem 24-Stunden-Redaktionsschluss, den die digitalen Kanäle einfach erfordern.

Sie sagen, eine Zeitung muss Emotionen erzeugen. Was meinen Sie damit?

Bindung gibt es ja nur, wenn man Emotionen hat, indem man die Zeitung entweder mag oder nicht, man ärgert sich, oder man ärgert sich nicht. Wenn einen etwas gleichgültig lässt, dann hat es keine Bedeutung, und deswegen brauchen wir Emotionen und deswegen müssen wir uns von einer kühlen Art der Berichterstattung verabschieden, wie sie viele Jahrzehnte Usus war.

Viele Redaktionen stöhnen über die Zwänge der klassischen Chronistenpflicht, die Vereins- und Stadtratsberichterstattung. Gibt es einen Ausweg aus diesem Dilemma?

Wir als *Nordbayerischer Kurier* haben nicht mehr den Anspruch, über alles zu berichten, was passiert, sondern wir wollen über die wichtigen Dinge berichten. Wobei es natürlich immer Streit darüber geben kann, was ist wichtig und was nicht. Aber darum haben wir die Vereinsberichterstattung, die immer nur ganz wenige Menschen betrifft, in ein relativ einfach gemachtes wöchentlich erscheinendes, der Zeitung beigelegtes Magazin gepackt. Auf diese Weise schaffen wir Platz in der Zeitung und auch personelle Ressourcen, um uns um die Geschichten – auch Vereinsgeschichten – zu kümmern, die die Menschen wirklich berühren. Womit wir wieder bei den Emotionen sind, die es anzusprechen gilt.

Noch zum Ende des letzten Jahrtausends war die Zeitung in erster Linie das Printprodukt. Mittlerweile gibt es Online-Ausgaben, es werden mobile Anwendungen produziert und soziale Netzwerke bedient. Sind die Lokaljournalisten eigentlich auf diese Aufgaben vorbereitet?

Nein, das sind sie sicher nicht. Und es fällt auch vielen sehr schwer, in diesen neuen Arbeitsrhythmus rein zu kommen und die neuen Kanäle mitzudenken. Interessant ist dabei, dass sie es vielfach privat tun, aber in der Arbeit nichts damit zu tun haben wollen. Das heißt, die Leser und User sind eigentlich schon viel weiter als die Journalisten. Diese Kluft müssen wir überwinden und die Leute entsprechend schulen und versuchen, diesen Wandel in den Köpfen hinzukriegen.

Ist es eigentlich erstrebenswert, jeden Journalisten zum Allrounder zu machen? Früher gab es die Spezialisten, herrschte inhaltliche Arbeitsteilung in den Redaktionen.

Es stimmt, dass bei der Ausbildung in vielen Zeitungsverlagen in den letzten 20, 30 Jahren Defizite aufgetreten sind, gerade was das Handwerkliche betrifft. Was sicherlich auch damit zu tun hat, dass das Zeitungverkaufen früher wie geschnittenes Brot funktioniert hat. Das hat sich nun geändert, und die Qualitätsansprüche sind erheblich höher geworden. Dem müssen wir natürlich Rechnung tragen und die Leute weiterbilden. Es ist schon erstrebenswert, dass jeder sich mit allen Kanälen auskennt, weiß, wie sie funktionieren. Wenn Sie mal 20 Jahre zurück denken oder 25 Jahre, als der Wandel von der Schreibmaschine zum Computer erfolgt ist, da war es auch undenkbar, dass ein Teil der Leute weiter mit Schreibmaschine schreibt. Auch jetzt müssen sich die Journalisten den neuen Kommunikationsbedingungen anpassen, da gibt es keine Ausreden.

Wie organisieren Sie beim *Nordbayerischen Kurier* den Austausch mit den Lesern?

Wir nutzen soziale Netzwerke, vor allem Facebook, als Chance in der Kommunikation mit den Lesern. Das ist für uns jetzt weniger ein Werbemedium für unsere Artikel auf der Online-Seite, das ist es zum Teil natürlich auch. Aber viel wichtiger ist uns, dass die Leser die Kommentarfunktion nutzen in Facebook und wir mit ihnen in unmittelbare Kommunikation treten. Auf diese Weise generieren wir nicht nur Geschichten, sondern wir bekommen auch sehr viel von der Stimmung der User mit. Natürlich müssen wir das auch immer intern filtern, weil ja der Facebook-Nutzer nicht unbedingt den Bayreuther schlechthin repräsentiert.

Sie nutzen auch neue Tools – Scribble Live – was ist das, und wie setzen Sie das ein?

Scribble Live ist ein in Kanada entwickeltes Live-Blogging-Tool, das größere Zeitungen und auch größere Unternehmen wie die Telekom schon seit längerem benutzen. Es gibt Reportern die Möglichkeit, ohne großen Aufwand Posts abzusetzen und einen Live-Blog, einen Live-Ticker zu erstellen. Verschiedene Leute können zuliefern zu einem solchen Live-Blog. Man hat den Vorteil, dass es auf der eigenen Webseite läuft, man kann es vom Design her an die eigene Webseite anpassen, es ist sehr flexibel, und man kann ohne großen Aufwand Tweets oder Facebook-Posts, also die sozialen Netzwerke mit einbinden. Auf diese Weise bekommt man eine Geschichte, die sich aus vielen Quellen speist. Wir werden das zum Beispiel bei den kommenden Kommunalwahlen nutzen, als großes Tool auf unserer Online-Seite. So können wir die Leser schnell und unkompliziert darüber informieren, wie die Ergebnisse in welchem Wahllokal gelaufen sind.

Foto: hsb-cartoon.de / toonipool



Neulich haben wir Scribble Live bei den Haushaltsberatungen des Stadtrats genutzt. Dieser Artikel war, obwohl wir vorher nichts angekündigt hatten, der mit Abstand am meisten geklickte an jenem Tag.

Neue Wege wollen Sie auch am Beispiel des Falls Gustl Mollath gehen. Was haben Sie da vor?

In Sachen Gustl Mollath wollen wir eine neue Art von Storytelling ausprobieren, eine Art Blog, der so ähnlich funktioniert wie das Multimediaprojekt „Snowfall“ der *New York Times*, die damit vor einem Jahr Furore gemacht hat (www.nytimes.com/projects/2012/snow-fall d.R.). Wir sind natürlich nicht die *New York Times*. Was wir machen werden, ist alles ein bisschen provinzieller. Aber es ist eine wunderbare Möglichkeit, um die ja doch sehr bekannte und sehr umstrittene Geschichte Gustl Mollath, zu der wir als Bayreuther natürlich einen besonderen Bezug haben, mal anders zu erzählen, nämlich multimedial.

Wie gehen Sie mit altgedienten Redakteuren um, die Schwierigkeiten haben, sich an die veränderten Anforderungen zu gewöhnen?

Ich glaube nicht, dass man es irgendjemand vorwerfen kann, wenn er mit neuen Medien nicht sofort klar kommt. Aber mich ärgert, wenn jemand nicht bereit ist, sich mit neuen Medien auseinander zu setzen, aus Gründen der Bequemlichkeit zum Beispiel. Wir versuchen, die Leute weiterhin zu überzeugen, auch durch unser persönliches Beispiel. Sie müssen begreifen, dass es hier eigentlich immer um ihren Arbeitsplatz geht, um ihre Zukunft. Wenn alles nicht klappt und auch Ausbildungs- und Weiterbildungsmaßnahmen nicht fruchten, dann muss man halt einfach überlegen oder den Kollegen fragen, ob diese Arbeit, dieser Job wirklich der richtige für ihn ist.

Vor zwei, drei Jahren kam ein neuer Begriff auf – Hyperlokalismus. Damit werden lokale Blogs bezeichnet, die teilweise an einigen Orten mit Erfolg versuchten, Defizite der Lokalberichterstattung in den Monopolverlagen auszugleichen. War das ein kurzfristiger Hype oder ist das nach wie vor relevant?

Nein, ich glaube, das wird auch auf Dauer ein Geschäftsmodell sein, aber natürlich immer nur ein Nischen-Geschäftsmodell. Denn die Einnahmen sind relativ gering und können nur relativ wenige Leute ernähren. Aber ich denke, für professionelle Journalisten, die sich da auch entsprechend engagieren, kann das schon ein Geschäftsmodell sein.

Wir werden in den nächsten Jahren bestimmt auch Regionen haben, wo es keine Zeitungen mehr gibt. Und dann ist das natürlich eine Perspektive. Lokaljournalismus sollte ja auch aus demokratietechnischen Gründen unbedingt erhalten bleiben.

Das Interview führte Günter Herkel ■

Miteinander aktiv

Vor und nach den Wahlen: Erfolgreiche Betriebsratsarbeit in Rostock und Halle

Wer an seinem Arbeitsplatz mitreden, mitgestalten und mitbestimmen möchte, sollte zur Betriebsratswahl gehen. Von März bis Mai, wird derzeit – wie alle vier Jahre – gewählt. Selbst Kandidatin oder Kandidat sein, ist die eine Möglichkeit, darüber hinaus mitentscheiden, in wessen Hände die Vertretung der Beschäftigten-Interessen gelegt wird, die andere. Aufgaben und Probleme gibt es zu Hauf. In der *Ostsee-Zeitung* und im *Haller Kreisblatt* sind tatkräftige Betriebsräte (BR) unterwegs, um sie zu lösen.



„Das Meiste bewirken können wir, wenn wir alles gemeinsam stemmen“, sagt Robert Haberer, Betriebsratsvorsitzender in Rostock, und ruft damit seine Kolleginnen und Kollegen zum Mittun auf. Gleichfalls stellt Haberer damit auf das Bündnis mit den Gewerkschaften ab. Dafür gibt es in der Belegschaft viel Zustimmung. So verwundert es nicht, dass es für die am 19./20. März anstehende Personenwahl eine gemeinsame Kandidatenliste von ver.di, DJV und (noch) nicht organisierten Kollegen gibt. Knapp 400 Beschäftigte der *Ostsee-Zeitung*, des *Ostsee-Anzeigers*, der Onlinetochter OIM, der Online-Vermarktung OVS und der Redaktionsgemeinschaft mit den *Lübecker Nachrichten* in Mecklenburg-Vorpommern wählen erneut einen neunköpfigen Betriebsrat. Sieben davon waren bisher Ver.dianer. Mitte der 90er Jahre war mit verschiedenen Ausgliederungen auch der BR zerschlagen worden. „2002 konnte dann mit dem Gang durch zwei Gerichtsinstanzen erneut ein gemeinsamer Betriebsrat für die damals zehn Verlagshäuser und die in ihnen angesiedelten Lokalredaktionen erstritten werden“, berichtet Haberer. Zusammenhalten ist seitdem mehr denn je die Devise – mit Erfolg! Für einige ausgelagerte Bereiche konnten Übergangs- bzw. Haustarifverträge abgeschlossen werden. Als 2008/2009 die Anzeigenproduktion ausgelagert werden sollte, konnte das durch Streikaktionen um einen Sozialtarifvertrag letztlich verhindert werden. „So haben wir maßgeblich beeinflusst, wie es weiter geht“, sagt Haberer. „Über den Kompromiss der Arbeitszeitverkürzung musste niemand entlassen werden.“

Foto: pico / Fotolia.com

Nah an den Leuten. Wichtig sei, betont der Betriebsratsvorsitzende, dass sich alle Kolleginnen und Kollegen in diesen zersplitterten Unternehmen entlang der Ostseeküste angesprochen und einbezogen fühlen. Deshalb gehen kleine BR-Arbeitsgruppen regelmäßig in verschiedene Bereiche, in alle Lokalredaktionen von Rügen bis Usedom. „Wir sprechen miteinander, fragen: Was bewegt Euch? Auf diese Weise und über regelmäßige BR-Nachrichten per Mail und Intranet, sind wir nah an den Leuten“, ist Haberer überzeugt.

„Den Blick über den Tellerrand, sich unbedingt schulen und weiterbilden lassen“, rät Detlef Hans Serowy allen Kollegen und besonders jenen, die sich im Betriebsrat engagieren wollen. Der Betriebsratsvorsitzende des *Haller Kreisblattes* in Nordrhein-Westfalen spricht aus Erfahrung. In Zeiten da es in seinem traditionsreiches Unternehmen mit der Mitbestimmung nicht so recht voran ging und die Festlegung der Beschäftigtenzahl und somit die Stärke des Betriebsrates zwischen Geschäftsleitung und BR streitig war, suchte Serowy Hilfe.

Und er fand sie, vor allem bei der Gewerkschaft. Mit neuem Wissen im Gepäck über das Betriebsverfassungsgesetz, „haben wir gegenüber der Geschäftsführung Härte gezeigt und fortan unsere Rechte ganz konsequent durchgesetzt“, erzählt Serowy. Für die über 50 Beschäftigten im Verlag wurde erstmals ein fünfköpfiges BR-Gremium gewählt. Ordentliche Anschreiben der Geschäftsleitung – nicht die Ansprache einzelner BR-Mitglieder eben mal auf dem Flur – wurden eingefordert und bestimmten von nun an den Umgang mit dem Gremium. Mehrmals war der BR seit 2007 vor Gericht und erstritt erfolgreich Arbeitnehmerrechte. Ein Beispiel: Die Arbeitszeiterfassung! Nachdem unbezahlte Mehrarbeit über rund zehn Jahre hinweg zu einem „Riesenberg“ angewachsen war und sich deren finanzieller Gegenwert auf einen hohen sechsstelligen Eurobetrag summierte, konnte eine Betriebsvereinbarung zur Arbeitszeiterfassung erkämpft werden, berichtet Serowy. Und als die Geschäftsleitung meinte, sich an diese nicht halten zu müssen, musste die Justiz ran. 10.000 Euro Bußgeld wurden pro weiterem Verstoß angedroht und seitdem läuft das „wie ein Länderspiel“ sagt Serowy.

Informationsaustausch. Aber auch andere Fragen, wie der Streit über die Einordnung von leitenden Angestellten, konnten gerichtlich geklärt werden. Oder: Eine ohne Einbeziehung des BR aufgespielte Fernwartungssoftware auf den Computern musste nach einer richterlichen Entscheidung wieder runter. „Wir kommen voran“, so Serowy. Die Betriebsvereinbarung für das neue Redaktionssystem konnte kürzlich sogar ohne Einschaltung einer Einigungsstelle abgeschlossen werden.

Gewählt wurde im *Haller Kreisblatt*, in dem inzwischen alle Beschäftigten in der Redaktion Gewerkschaftsmitglieder sind – drei Viertel bei ver.di – bereits im vorigen Jahr. „Wir wollten vermeiden, dass wir in die Tarifausschließung in diesem Jahr geraten. Ein bitterer Arbeitskampf war vorhersehbar“, nannte Serowy einen Grund für die Entscheidung des Betriebsrates, ordnungsgemäß zurückzutreten, sofort einen Wahlvorstand einzusetzen und zu wählen. „Das Ergebnis ist ein aktives Fünfer-Team, mit drei Leuten von ver.di und zwei vom DJV.“ Letzteres spiele aber in der konkreten Arbeit keine Rolle. „Das Tolle in Ostwestfalen ist, dass die Betriebsräte aller Zeitungsverlage hier gut vernetzt sind. Wir treffen uns regelmäßig zum Informationsaustausch“, so der Betriebsratsvorsitzende.

Karin Wenk ■

Betriebsratswahlen

<https://br-wahl.verdi.de/>

www.dgb.de/extra/betriebsratswahl-2014/

Auf dem Weg zum 12-Stunden-Drehtag

In der vierten Verhandlungsrunde zwischen der ver.di FilmUnion und der Produzentenallianz für die rund 23.000 Film- und Fernsehproduzenten am 26. Februar in Berlin hat es endlich eine erste Annäherung gegeben. Neben einer Gagenerhöhung standen die im Manteltarifvertrag geregelten Arbeitsbedingungen zur täglichen Arbeitszeit, Pausenlänge und Zuschlägen im Mittelpunkt der Gespräche. Die Verhandlungen werden am 7. April 2014 in Berlin fortgesetzt.

„Erstmals zeigt sich die Produzentenallianz offen für eine Reduzierung der bisher geltenden Maximalarbeitszeiten von derzeit 13 Stunden pro Tag. Ein Tarifabschluss hängt für uns davon ab, dass es deutlich weniger Arbeitstage mit mehr als 12 Stunden gibt. Ich erwarte, dass wir mit der Produzentenallianz zur Dauer der täglichen Arbeitszeit, Pausenzeiten und Zuschlägen für lange Arbeitstage in der nächsten Runde Anfang April eine Einigung erreichen“, betonte ver.di-Verhandlungsführer Matthias von Fintel.

In wesentlichen anderen Punkten liege man jedoch noch weit auseinander. Die ver.di FilmUnion fordert eine Erhöhung der Gagen um sechs Prozent. „Das Angebot der Produzentenallianz von 1,7 Prozent und einer weiteren – noch unbezifferten – Erhöhung für eine Laufzeit bis Ende 2015 ist ungenügend, denn das wäre gerade mal ein Inflationsausgleich. Auch Filmschaffende, die überwiegend in Auftragsproduktionen von öffentlich-rechtlichen Sendern arbeiten, erwarten Tariferhöhungen wie für Beschäftigte in den Sendern“, unterstrich von Fintel. **PM ■**

Verlag Vorwärts noch immer ohne Tarif

Die Tarifverhandlungen für die ca. 35 Beschäftigten der Berliner Vorwärts Verlagsgesellschaft mbH und seiner Tochterunternehmen sind nach über drei Monaten noch immer ohne Ergebnis. Bislang liegen die Monatsgehälter von einem Drittel der Beschäftigten drei-, teilweise vierstellig unter Tarif. Die Geschäftsführung weigert sich, tarifliche Verpflichtungen einzugehen und übliche Gehälter für Redakteure und Verlagsangestellte in der Zeitschriftenbranche zu zahlen. Neben der Herausgabe der Zeitschriften Vorwärts und DEMO organisiert der Verlag SPD-Veranstaltungen und betreibt über das Tochterunternehmen NWMD GmbH politische Kommunikation, u.a. Webauftritte für die Kommunalwahlen 2014 und die Publikation „Gute Arbeit“ zur Arbeitnehmer-Politik der SPD-Bundestagsfraktion.

Nun plant der Verlags betriebsbedingte Kündigungen. Erste Verträge von Freien wurden gekündigt, befristete Arbeitsverträge nicht verlängert. Die SPD und der Gesellschafter DDVG verschweigen die tatsächliche wirtschaftliche Situation des Verlages. „Die SPD muss endlich die Verantwortung für die Beschäftigten ihrer Parteizeitung übernehmen – dazu gehört ein Tarifvertrag und ein funktionierendes Geschäftsmodell“, fordert ver.di-Sekretär Jörg Reichel. **PM/Red. ■**

Schon entdeckt?



Engagierte Medien abseits des Mainstreams sind hochinteressant, aber wenig bekannt. Deshalb stellt M mit dieser Rubrik in jedem Heft eines davon vor.

Photonews

Sie passen in keine Schublade und nur mit Mühe in die Regale des Zeitschriftenhandels. Mit ihrem annähernd DIN A 3 großen Format fallen die *Photonews* schon äußerlich aus dem Rahmen. Auch inhaltlich ist die seit nunmehr 25 Jahren monatlich herausgegebene „Zeitung für Fotografie“ eine Ausnahmeerscheinung neben dem Wust an technikfixierten Hochglanzmagazinen.

Photonews begreift die Fotografie als künstlerisch-ästhetische Widerspiegelung gesellschaftlicher Prozesse. Vorgestellt werden junge Fotografinnen und Fotografen, wie im aktuellen Heft der US-Amerikaner Mike Brodie, der sein Leben als Hobo in Bildern festgehalten hat oder die Studentin Leonie Francke, die die Fotos ihrer Bachelorarbeit präsentiert. Große Ausstellungen werden zum Anlass genommen, auch Ikonen der Fotografie, wie zuletzt den Magnum-Fotografen Raymond Depardon oder Guy Bourdin der Leserschaft nahe zu bringen. Zu Wort kommen Kunstkritiker und Fototheoretiker wie Klaus Honneff oder die Fotodirektorin des *New York Time Magazines*, Kathy Ryan. Umfangreiche Informationen über laufende Ausstellungen, Workshops, Seminare und Initiativen bilden die Aktivitäten einer breiten Fotocommunity ab.

Magazingründer Denis Brudna und Redakteurin Anna Gripp haben *Photonews* damit auch immer als Forum und Bindeglied für die verschiedenen Bereiche und Initiativen der Fotografie verstanden, wie sie betonen. „Unsere Leserinnen und Leser kommen vor allem aus dem Umfeld von Fachhochschulen und Hochschulen, Galerien, Bildredaktionen und Edel-Amateuren, die gründlich recherchierte Beiträge suchen“, erklärt Brudna. So tauchen bei einem Blick auf die zahlreichen Einträge im Jubiläumsblog viele bekannte Namen der Fotoszene auf. „Manchmal habt Ihr mich geärgert, häufig inspiriert, immer gut informiert. Danke für Euer 25-jähriges unermüdliches Engagement für gute Fotografie!“, schreibt da beispielsweise Rolf Nobel. Und F.C. Gundlach lobt: „Ihr habt unsere Sehgewohnheiten und Sichtweisen auf die Photographie geprägt und verändert. Weiter so!“

Hinter *Photonews* stehen kein großer Verlag oder kapital-kraftige Investoren, sondern nur die zwei Hamburger Foto-enthusiasten. „Ich hatte damals keine Lust mehr, für andere Fotozeitschriften zu schreiben“, erklärt der studierte Grafikdesigner Brudna die Entscheidung, 1989 sein eigenes Medium herauszugeben. Noch im selben Jahr stieß die Fotografin Anna Gripp dazu. Sie sind stolz darauf, dass sich ihr Projekt von Anfang an finanziell selbst getragen hat. Bei einem vergleichsweise günstigen Verkaufspreis von drei Euro werde inzwischen rund ein Drittel der Einnahmen durch Anzeigen erzielt. Die Sorge anderer Printmedien vor dem Abwandern der Leser ins Internet teilen die beiden nicht. „Die Betrachtung am Bildschirm kann die Haptik und das aus der Norm fallende Format der *Photonews* nicht ersetzen“, ist Brudna überzeugt. **Mathias Thurm ■**

Gerecht verteilt

Berlinale: ver.di-FilmUnion informierte über Kinoerlösbeteiligung

„Wem gehört welcher Anteil am Filmerfolg und wie wird gerecht verteilt?“ war das Thema des diesjährigen Berlinale-Panels der ver.di FilmUnion. Der Anspruch auf eine Erlösbeteiligung ergibt sich grundsätzlich aus der Novelle des Urheberrechts von 2002. Jetzt, über zehn Jahre später ist der Abschluss eines Tarifvertrages zwischen ver.di und dem Bundesverband der Film- und Fernsehchauspieler (BFFS) mit der Allianz Deutscher Produzenten – Film & Fernsehen gelungen.



Foto: Christoph Brandl

Dietmar Kraus, Mitglied des Bundesverbandes Filmschnitt Editor e.V., Heinrich Schafmeister, Vorstandsmitglied des BFFS und Matthias von Fintel, ver.di-Tarifsekretär (v.l.n.r.) beim Gedankenaustausch

Der Tarifvertrag gilt für Kinofilme, die ab 2014 entstehen. Die Erlöse werden allen Filmkreativen zugute kommen, die an einem Film mitgewirkt haben. (siehe auch M 1.2014) Anlass genug, über die komplexe Materie und ihre Entstehungsgeschichte zu informieren. „Wir sind am Ziel eines langen Weges“, sagte ver.di-Verhandlungsführer Matthias von Fintel auf dem Panel. „Der jetzt vorliegende Ergänzungstarifvertrag „Erlösbeteiligung Kinofilm“ ist ein Meilenstein für die Erstrechtvergütung beim Kinofilm.“ Er berücksichtige die Besonderheit der Produktion, Finanzierung und Auswertung von Kinofilmen. Und vor allem: Er schaffe Rechtsicherheit.

Wie die ausgehandelten 7,5% vom Produzenten-Netto der ersten von drei Beteiligungsstufen aufgeteilt werden sollen, daran arbeitete eine über 30-Kopf starke Arbeitsgruppe aus unter anderem Regisseurinnen, Kamera- und Tonleuten, Schauspielern, Editoren und Szenen-, Kostüm- und Maskenbildnerinnen in intensiven Sitzungen und Telefongesprächen. „Wer ist Urheber eines Kinofilmes? Zu welchen Anteilen? Und nach welchen Kriterien werden sie ermittelt?“, waren nur einige der Probleme, die gelöst werden mussten. Alle Faktoren, die am Anteil des Gesamtwerks Film eine Rolle spielen, wurden nach Wichtigkeit in ein angemessenes Verhältnis zueinander gesetzt und bildeten dann die Bausteine der sogenannten „Kreativgruppenformel“.

Heinrich Schafmeister, Vorstandsmitglied des BFFS, beschrieb den Ergänzungstarifvertrag als einen „Bär, der im letzten Sommer erlegt und dessen Fell nun, nachdem man die Formel gefunden hatte, endlich zerteilt worden ist. Mit dieser Formel haben wir

die nötigen Voraussetzungen für eine faire Beteiligung der Urheber am Erfolg eines Kinofilmes geschaffen.“ Beteiligte am zu verteilenden Erlös sind neben Regisseuren, Kameraleuten und Schauspielern sieben weitere Gewerke vom Szenenbildner bis zum Cutter. Explizit geregelt sind auch der urheberrechtliche Beitrag von Ko-Regisseuren, 2nd-Unit-Kameraleuten und Synchronschauspielern. Gemäß der „Kreativgruppenformel“ richtet sich der Anteil der Urheber am Erlös prozentual nach verbrachter Zeit und nach der Höhe der Verantwortung an einem Film. Ein weiteres Element ist die Hierarchie eines Einzelnen, also wie groß sein Einfluss auf das Werk ist. Die Hierarchie ist beispielsweise bei den Regisseuren ein hoher Faktor, bei den Setdekorateuren ist er eher gering. Ein zusätzlich zu berechnender Faktor ist die Repräsentanz eines Filmes in der Öffentlichkeit. Die ist bei Schauspielern hoch, bei Cuttern eher niedrig. Schafmeisters Formel besteht aus physischen Momenten wie einer messbaren Anzahl von Arbeitstagen in Abhängigkeit zu metaphysischen Faktoren am künstlerischen Wert eines Filmes wie Verantwortung, Hierarchie und Repräsentanz.

Zur empirischen Erforschung der Richtigkeit seiner Formel betrieb die Arbeitsgruppe einen hohen Aufwand. Sie befragte Filmrechts- und -wirtschaftsexperten wie Alfred Holighaus und Gerhard Pfennig, sie konsultierten Juristen und eine Professorin der Hochschule für Film und Fernsehen in Potsdam, außerdem holten sie den Rat ein von Animatoren und Illustratoren. Zusätzlich wurden die Abspanne von 101 deutschen Kinofilmen aus den Jahren 2010 bis 2012 ausgewertet, besonders auch, um festzustellen, welches Gewerk wie oft an Filmen tätig ist. Dietmar Kraus, Mitglied des Bundesverbandes Filmschnitt Editor e.V. (BFS), rief jeden einzelnen der 101 Schnittmeister an, um herauszufinden, wie viel Zeit ein jeder im Schnittraum zugebracht hatte. Die erhaltenen Ergebnisse flossen in die prozentuale Bewertung der einzelnen Gewerke ein. Ausgezahlt wird in drei Erlösstufen, die sich nach der erfolgten Rückzahlung der Darlehen und Förderungen richten. Eine unabhängige Inkassostelle wird die Auszahlungen vornehmen.

Bei der Publikumsdiskussion, die auf die Darstellung des Ergänzungsvertrages und der Kreativgruppenformel folgte, wurde schnell klar, dass sich die beiden Verbände, die sich trotz Einladung aus der Findung eines Verteilungsschlüssels demonstrativ herausgehalten hatten, BVR (Regie) und BVK (Kamera), auch weiterhin nicht auf die Einigung einlassen werden. Jürgen Kasten vom BVR sieht den urheberrechtlichen Anteil der Regisseure wesentlich höher, als von den Mitwirkenden veranschlagt. Er mutmaßte, dass durch den Kompromiss ein Keil zwischen die Filmschaffenden getrieben werde.

„Die Formel ist kein Instrument, um reich zu werden“, sagte von Fintel, „aber sie ermöglicht, dass über die nächsten Jahre regelmäßig Gelder im zwei- oder dreistelligen Bereich ausgeschüttet werden können.“ Und damit schienen die ca. 150 Gäste der Veranstaltung sehr zufrieden zu sein. **Christoph Brandl** ■

Ein Tarif für Mutter und Töchter

Verhandlungen für dpa-Beschäftigte in Berlin und Bonn begonnen

„Dafür brennen wir!“ begründeten Kolleginnen und Kollegen der dpa ihre Bereitschaft, sich für ihre Forderungen in der am 14. Februar 2014 gestarteten Tarifrunde für die rund 800 Beschäftigten der dpa-„Mutter“ und ihrer Tochterunternehmen einzusetzen. Die Verhandlungskommissionen des DJV und der ver.di fordern entsprechend den Ergebnissen einer Umfrage eine Tarifierhöhung von 5,5 Prozent.

dpa



Auch der Erhalt der Manteltarifvertragsregelungen, zu denen z.B. das Urlaubsgeld und die Zahl der Urlaubstage gehören, hat einen sehr hohen Stellenwert. Verschlechterungen würden zu massivem Widerstand führen. Für die Kolleginnen und Kollegen bei den dpa-Töchtern muss überhaupt erst ein Manteltarifvertrag (MTV) ausgehandelt werden. Ihnen sind die Aufstockung des Krankengeldes, Zuschläge für Nacharbeit, Sonn- und Feiertage sowie Jahresleistung/Urlaubsgeld besonders wichtig. Deshalb fordern DJV und ver.di eine Übernahme der entsprechenden Regelungen aus dem MTV der dpa-

Mutter. Das spätere Ziel ist ein einheitlicher Manteltarifvertrag. Die Umfrage hat auch deutlich gemacht, dass den Kolleginnen und Kollegen eine zusätzliche Altersversorgung für die dpa-Tochterunternehmen wichtig ist. Die Gewerkschaften haben der dpa-Führung vorgeschlagen, darüber unabhängig von der laufenden Tarifrunde zu sprechen. Die gewerkschaftlichen Verhandlungsführer Regine Sakowsky (DJV) und Matthias von Fintel (ver.di) erwarten, „dass wenigstens in drei Tarifmaterien endlich eine Gleichbehandlung der Kolleginnen und Kollegen bei der Mutter und den Töchtern erreicht wird. Wer die gleiche Arbeit macht, muss dafür auch nach gleichen Regeln behandelt werden!“

Die dpa-Geschäftsführung strebt dagegen einen abgesenkten Manteltarifvertrag für Neueingestellte bei der dpa GmbH an. Für die Tochterunternehmen wurden keine konkreten Angebote gemacht, sondern lediglich darauf verwiesen, dass ein Tarifabschluss von einer Gesamteinigung für die dpa-Mutter abhängig sei. Die Tarifverhandlung wird am 27. März in Berlin fortgesetzt. **PM / Red. ■**

Österreich: Gehälter für Journalisten an Zeitschriften steigen

Auf eine Erhöhung der Gehälter um 2,5 Prozent konnten sich in der Tarifrunde für journalistische Beschäftigte bei österreichischen Zeitschriften und Fachmedien am 6. Februar der Österreichische Zeitschriften- und Fachmedienverband (ÖZV) und die Gewerkschaft der Privatangestellten, Druck, Journalismus, Papier (GPA-djp) einigen. Die Erhöhung tritt mit 1. März 2014 in Kraft. Die Laufzeit beträgt zwölf Monate.

Dazu kommt eine Aufrundung auf volle 50-Cent-Beträge. Bestehende Mehrzahlungen bleiben aufrecht erhalten. Die monatliche Infrastrukturpauschale sowohl für angestellte Journalistinnen und Journalisten als auch für freie Mitarbeiter beträgt nun 192 Euro. Die Honorierung für reine A4-Textseiten (max. 6.300 Anschläge) für freie und ständig freie Mitarbeiter steigt auf 105 Euro. Bildbeiträge von Freien werden mit 46 Euro honoriert. Zusätzlich werden Elternkarenzzeiten auf dienstabhängige Ansprüche, insbesondere bei Höherstufungen in den Gehaltstabellen, besser angerechnet: max. 18 Monate und ab März 2015 max. 22 Monate.

„Mit diesem Abschluss haben wir für karezierte Beschäftigte wesentliche Verbesserungen erreicht und auch für freie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter konnten wir einen weiteren Schritt in die richtige Richtung erzielen“, erklärt der Verhandlungsleiter für die GPA-djp, Alexander Baratsits-Altempergen. **PM / Red. ■**

Warnstreik beim Tectum Verlag in Marburg

Beim Marburger Tectum Verlag sind die Beschäftigten am 17. Februar einem Aufruf der Gewerkschaft ver.di gefolgt und in den Warnstreik getreten. ver.di fordert für die zehn Verlagsmitarbeiter den Abschluss eines Anerkennungstarifvertrags. Mit ihm soll der Tarifvertrag eingeführt werden, der für hessische Buchverlage gilt. Die aktuell gezahlten Stundenlöhne liegen zum Teil um rund 40 Prozent unter dem Niveau des Flächentarifvertrags. „Um den Einstieg in eine tarifgerechte Bezahlung zu erleichtern, hat ver.di in den Verhandlungen einen Stufenplan zur Angleichung angeboten. Selbst das hat die Verlagsleitung aber bisher leider abgelehnt“, sagte in Frankfurt der hessische ver.di-Fachbereichsleiter für Medienbetriebe, Manfred Moos. „Deshalb bleibt uns keine andere Wahl als ein Arbeitskampf, um das Ziel eines Tarifvertrags zu erreichen.“

Der Tectum Verlag hat sich in den letzten Jahren aus kleinen Anfängen heraus sehr positiv entwickelt und mit dem finanzmarktkritischen Titel „Der größte Raubzug der Geschichte“ zuletzt einen Verkaufserfolg auf der *Spiegel*-Bestsellerliste platziert. „Den Raubzug an den Beschäftigten des Tectum Verlags werden wir hoffentlich bald beenden“, sagte Manfred Moos zum gelungenen Streikauftakt.

Der Streik hat seine Wirkung nicht verfehlt. Derzeit laufen die Verhandlungen zwischen der Tarifkommission und der Tecum-Geschäftsleitung. **PM / Red. ■**

Bauer-Verlag setzt sich durch

Urteil: Vereinbarungen des Presse-Grosso behindern Wettbewerb

Einheitliche Branchenvereinbarungen im Pressevertrieb sind mit dem Kartellrecht nicht vereinbar. Zu diesem Urteil kam das Düsseldorfer Oberlandesgericht am 26. Februar. Damit obsiegte die Bauer Vertriebs AG auch in zweiter Instanz im Rechtsstreit gegen den Bundesverband Presse-Grosso.

Der Bauer-Verlag (*TV Movie, Bravo*) hatte mit seiner Klage bereits vor dem Kölner Landgericht am 14. Februar 2012 gewonnen. Der Grossisten-Verband hatte dagegen Berufung eingelegt. Die Düsseldorfer Richter untersagten nunmehr dem Bundesverband, „für Presse-Grossisten in Deutschland einheitliche Grosso-Konditionen u. a. mit Verlagen zu vereinbaren“, da dies einen Rabatt- und Konditionenwettbewerb verhindere. Sie folgten damit der Argumentation des Bauer-Verlages für Wettbewerbsfreiheit. Bauer will mit Grossisten einzeln über Preise, Vertriebs- und Verkaufsbedingungen verhandeln. Das Düsseldorfer Gericht erklärte nun, die Presse-Grossisten hätten ausdrücklich nicht die Aufgabe, zur Erhaltung der Pressevielfalt Zeitungen und Zeitschriften „ohne Rücksicht auf privatwirtschaftliche Gesichtspunkte an den stationären Einzelhandel zu vertreiben“. Und sie hät-

ten damit auch nicht die Verpflichtung, „unrentable“ Presseerzeugnisse zu vermarkten.

„Das Urteil ist für unseren Berufsstand und die Printbranche insgesamt sehr enttäuschend“, kommentiert der 1. Vorsitzende des Bundesverbandes Presse-Grosso Frank Nolte den Ausgang des Berufungsverfahrens. Bleibt es bei der Entscheidung, „wird es künftig keine bundeseinheitliche Konditionentabelle mehr geben“, was den Marktzugang für kleine und mittlere Verlage sowie für Titel mit kleinen und mittleren Auflagen deutlich erschweren dürfte, heißt es in einer Pressemitteilung. Das Urteil berücksichtige offensichtlich die Zielsetzung der Neuregelung des § 30 Abs. 2a des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen nicht ausreichend. Der Gesetzgeber habe damit die Voraussetzung geschaffen, dass Branchenvereinbarungen, die den diskriminierungsfreien und flächendeckenden Pressesortimentsvertrieb an den Einzelhandel regeln, kartellrechtlich weiter möglich bleiben.

Das Oberlandesgericht hat überraschend die Revision zum Bundesgerichtshof nicht unmittelbar zugelassen. Dagegen werde er das Rechtsmittel der Nichtzulassungsbeschwerde einlegen, kündigte der Bundesverband Presse-Grosso an. **wen ■**

Presse-Grosso

Im Bundesverband Presse-Grosso e.V sind 44 von 59 Grosso-Unternehmen organisiert. Die Grossisten beliefern täglich rund 116.000 Einzelhändler mit Presse und beschäftigen ca. 13.000 Mitarbeiter (inkl. Tochter- und Fremdunternehmen). Der Branchenumsatz liegt bei 2,4 Milliarden Euro.

Skepsis beim Kartellamt

Funke muss bei seinem Programmzeitschriften-Deal mit Springer nachbessern

Der Übernahme-Deal zwischen der Axel Springer AG und der Funke-Mediengruppe könnte am Veto des Bundeskartellamtes platzen. Stein des Anstoßes ist der angemeldete Verkauf einer Reihe von Programmzeitschriften an Funke. An die Genehmigung dieser Transaktion haben die Kartellwächter strenge Auflagen geknüpft. Auflagen, mit deren Einlösung sich die Beteiligten schwer tun.

Im Juli 2013 hatte Springer die Branche mit dem Schritt überrascht, seine beiden Regionalzeitungen *Hamburger Abendblatt* und *Berliner Morgenpost* sowie sieben Zeitschriften für 920 Millionen Euro an die Funke-Gruppe zu veräußern (vgl. M 6/13). Den Verkauf der beiden Regionalblätter sowie einer Reihe von Frauentiteln hatte das Bundeskartellamt schon bald genehmigt. Schwerer tat sich die Behörde mit dem Eigentümerwechsel beim Paket der „Programmies“. Grund: Mit dem Erwerb von *HörZu*, *Funk Uhr*, *Bildwoche* und *TV neu* und den bereits im eigenen Besitz befindlichen 10 TV-Titeln hätte die Funke-Gruppe eine erhebliche Marktmacht in diesem Segment erobert. Faktisch wäre nur noch die Bauer Media Group als relevanter Wettbewerber am Markt verblieben. Beide Häuser hätten nach diesem Szenario gemeinsam einen Marktanteil von rund 90 Prozent kontrolliert. No way, urteilten die Kartellwächter und formulierten

Konditionen, die ein solches Oligopol vermeiden helfen sollen.

Ende Februar verschickte das Kartellamt einen Zwischenbescheid. Daraus geht hervor, dass die Behörde mit dem von Funke präsentierten Entflechtungsmodell nicht zufrieden ist. Die Essener hatten die Mediengruppe Klambt als potentiellen Käufer von zehn TV-Titeln aus den Häusern Funke/Springer präsentiert. Doch die Kartellwächter hegen Zweifel an der Ernsthaftigkeit der Funke-Mediengruppe (FMG), „mit der Veräußerung der eigenen Titel einen von FMG unabhängig agierenden Wettbewerber zu schaffen“. Skeptisch beurteilen sie vor allem das Verkäuferdarlehen, das Funke Klambt gewähren wollte. Die Beteiligten wurden aufgefordert, bis Ende März nachzubessern.

Ebenfalls noch geprüft wird die Gründung zweier Gemeinschaftsunternehmen für Vermarktung und Vertrieb, an denen Springer mit 75 und Funke mit 25 Prozent beteiligt sein sollen. Sollte der Verkauf der Programmies nicht klappen, könnte der gesamte Deal platzen.

Durchgewunken hat das Kartellamt dagegen den Kauf von N24 durch Springer. Am 24. Februar startete die gemeinsame Redaktion der *Welt* und des TV-Senders. Ziel ist die Entwicklung „des führenden multimedialen Nachrichtenunternehmens für Qualitätsjournalismus im deutschsprachigen Raum“. **kel ■**

Fokus auf Angebote in englischer Sprache

Deutsche Welle auf dem Weg zu einem ganz Großen unter den Auslandssendern

Die Deutsche Welle will künftig im Reigen der globalen Informationsanbieter stärker mitspielen. Der neue Intendant Peter Limbourg strebt darum eine Konzentration auf Angebote in englischer Sprache als „journalistisches Flaggschiff“ an. Die Neupositionierung dürfte nicht ohne Risiken für die Beschäftigten abgehen.



Foto: DW/M. Magunia

Intendant Limbourg hat ehrgeizige Ziele. In den kommenden vier Jahren soll die Deutsche Welle (DW) zu einem der ganz großen Player unter den Auslandssendern aufsteigen. Das strategische Konzept und die erforderlichen Maßnahmen hat die Geschäftsleitung Mitte Januar beschlossen. „Sie schaffen den Rahmen, in dem wir unsere Vorstellungen von kreativem und modernem Journalismus verwirklichen und uns als globaler Informationsanbieter aus Deutschland positionieren können“, so Limbourg. Einem Bericht der *Berliner Zeitung*, in dem von einem drohenden „Kahlschlag“ bei der Welle die Rede war, widersprach der Intendant. „Wir betreiben keinen Kahlschlag, sondern haben ein verantwortungsvolles, intelligentes Konzept entwickelt“. Es ermögliche, im Kontext der Ziele die „hervorragende Regional- und Sprachkompetenz der DW zu erhalten“.

Was Führungspositionen in der Welle angeht, schuf Limbourg früh Fakten. Wenige Wochen nach Amtsantritt Anfang Oktober 2013 löste er die beiden bisherigen Programmdirektoren ab. Christian Gramsch, bisher in Bonn verantwortlich für Multiregionales, soll künftig die DW-Akademie leiten. Christoph Lanz, bisher verantwortlich für DW-TV, musste ganz gehen. An die Stelle der beiden trat Gerda Meuer, die bisherige Leiterin der DW-Akademie. Kurz danach traf es auch die beiden Chefredakteurinnen, Dagmar Engel in Berlin und Ute Schaeffer in Bonn. Ihre Jobs übernahm der frühere Leiter des DW-Hauptstadtbüros. Dorthin wechselt nun die frühere DW-TV-Chefredak-

teurin Engel mit gleichem Dienstrang. Die Botschaft ist klar: Es geht Limbourg um Verschlinkung, um die Abschaffung von Doppelstrukturen an beiden Standorten. Die Standortfrage selbst stellt sich offenbar nicht, auch wenn Ex-Intendant Erik Bettermann die Doppelpräsenz in Berlin und Bonn zuletzt in einem *Tagesspiegel*-Gespräch als „nicht förderlich“ bezeichnet hatte.

Kooperationen intensivieren. Als wichtigste Zielgruppen für die DW definiert der neue Intendant „globale Entscheider und Teilnehmer an der politischen Meinungsbildung“. Damit einher geht die Konzentration auf englischsprachige Angebote bei gleichzeitiger Ausdünnung von Produktionen in deutscher Sprache. Mit letzteren leiste die DW laut Pressemitteilung eine „Grundversorgung für alle, die im Ausland leben und die deutsche Sprache sprechen, also auch für die Deutschen und Deutschstämmigen“. Der für diese Grundversorgung erforderliche Aufwand soll jedoch reduziert, die Kooperation mit ARD, ZDF und Deutschlandradio gleichzeitig intensiviert werden.

Von den ersten Sparbeschlüssen sind vor allem die Magazine betroffen. Geprüft wurde, inwiefern sie „zur Profilbildung der DW beitragen und welches Reichweiten-Potenzial sie besitzen“. Verzichtet wer-

Peter Limbourg,
seit 1. Oktober 2013
neuer Intendant der
Deutschen Welle



Fotos (4): DW



Christian Gramsch
Gerda Meuer
Dagmar Engel (v.l.n.r.)

den soll künftig auf „PopXport“, „Agenda“, „World Stories“, „Germany Today“, „Inside Germany“, „People & Politics“, „Kino“ und „Talking Germany“. Betroffen sind alle Ausgaben dieser Sendungen im linearen Fernsehen – dort sendet die DW auf Deutsch, Englisch, Spanisch und Arabisch. Ein inhaltliches Facelifting erhalten das Wirtschaftsmagazin „Made in Germany“ und das Talk-Format „Quadriga“. Die restlichen rund 20 Fernsehformate bleiben erhalten. Zur Stärkung der TV-Aktivitäten werden darüber hinaus die „Einführung interaktiver Formate und eine profilbildende Talkshow angestrebt“.

Analog zum BBC-Modell sollen Nachrichten und Hintergrundberichterstattung zusammen gelegt werden. „Die DW ist im Kern ein Informationssender, kein Unterhaltungssender“, bekräftigte Limbourg unlängst in *politik und kultur*, der Zeitung des Deutschen Kulturrates. Daher solle vor allem die Nachrichtenkompetenz gebündelt und ausgebaut sowie das journalistische Profil geschärft werden, „dialogisch und interaktiv“. Mithilfe dieser Strategie soll die bis 2017 „auf allen Plattformen“ von derzeit gut 100 auf 150 Millionen regelmäßige Nutzer steigen.

Als globaler Informationsanbieter sieht sich die DW nicht nur im Wettbewerb mit BBC World und CNN. Längst tummeln sich zwei Dutzend englischsprachige Player weltweit – von Al Jazeera über Russia Today bis zu France 24. Für Limbourg eine echte Herausforderung auch im ideologischen Meinungsstreit: „Wenn Russen, Chinesen und Iraner für ihr Gesellschaftsmodell werben, dann steht es auch einem Land wie Deutschland gut an, für sein eigenes Modell zu werben: für Freiheitsrechte, für sozialen Ausgleich, für Minderheitenschutz“, vertraute er *politik und kultur* an. Dabei setzt er im Fernsehen auf regionalisierte Inhalte. Regionale Schwerpunkte in Asien sind Afghanistan, China und Iran, inhaltlich wird ein TV-Wirtschaftsmagazin für den Kontinent entwickelt. Die Radioproduktion wird auf Afrika beschränkt.

Von den Plänen der Intendanz sind die beiden Standorte unterschiedlich stark betroffen. In Bonn sollen die einzelnen Redaktionen zu einer Europa-Redaktion vereinigt werden. Vor allem Zeitverträtler und freie Mitarbeiter dürften sich berechtigte Sorgen um ihre Zukunft machen. Aber auch ganze Sprachen sollen bis Ende 2014 wegfallen – etwa die Angebote auf Bengalisch und Portugiesisch für Afrika. Wie viele Mitarbeiter davon betroffen sind, sei aufgrund der Beschäftigtenstruktur noch nicht genau zu ermitteln, sagt Gesamtpersonalratsvorsitzende Ayse Tekin. „Wir haben sehr viele Kolleginnen und Kollegen mit befristeten Verträgen, viele freie Mitarbeiter, aber nur eine Handvoll Feste“. Immerhin existiere ein „guter Rationalisierungsschutzvertrag, der dort greifen wird“. Die Portugiesisch-Redaktion werde vielleicht im Angebot für Brasilien eine Chance auf Weiterbeschäftigung bekommen. Ebenso könnte ein Teil der Bengali-Mitarbeiter zur Stärkung des englischsprachigen TV- und Online-Angebots für Asien eingesetzt werden.

Kündigungen vermeiden. Die Einstellung der acht Magazine dürften vor allem die Berliner Beschäftigten zu spüren bekommen. Details sind noch unklar. Das gelte vor allem für die Frage, „in welcher Größenordnung möglicherweise ein Abbau von Personal zu erwarten ist“, so die Pressemitteilung der DW. Dies hänge letztlich von der Höhe des Bundeszuschusses an die Welle ab. Andererseits: Im Englischen Programm werde es sogar zu einem „Personalaufwuchs“ kommen, ließ die DW in schönstem Bürokratendeutsch verlauten.

Mit der Zusicherung Limbourgs, die Geschäftsleitung werde „alles unternehmen, so viele Beschäftigte wie möglich zu halten“, mögen sich die Gewerkschaften nicht zufrieden geben. In einer Stellungnahme „Keine Reform auf Kosten der Beschäftigten“ forderte der stellvertretende ver.di-Vorsitzender Frank Werneke den Intendanten auf, „betriebsbedingte Kündigungen klar auszuschließen und die betroffenen Abteilungen in die Programmentscheidungen einzubeziehen“.

Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen, deren Aufgabe durch die Reform verloren ginge, könne durch einen internen Stellenpool sowie interne Schulungen und Weiterbildungen ein „neues Einsatzgebiet“ verschafft werden. Nach dem Verständnis von ver.di müsse das gleichermaßen für Mitarbeiter von Redaktionen, Technik und Verwaltung gelten.

Mit Unbehagen wird innerhalb und außerhalb des Senders die unzureichende Einbindung der Sendergremien in die Reformpläne der Intendanz registriert. Die Umsetzung dieser Pläne werde „spätestens beginnen, wenn der Rundfunkrat die Aufgabenplanung formal verabschiedet hat“, heißt es lapidar in der Pressemitteilung des Senders. Formal verabschieden? „Der Rundfunkrat ist kein Abnickergremium“, kommentiert Wolfgang Uellenberg, Leiter der ver.di-Abteilung Politische Planung und Mitglied im DW-Rundfunkrat, „viele Räte wünschen mehr Diskussion



Brend Goff und Meggin Leigh moderieren das DW-TV Journal Englisch

und Beteiligung“. Denn: „Immerhin verabschiedet der Rundfunkrat die Aufgabenplanung und muss daher die Weichen stellen, auch wenn der Intendant jetzt weitgehend Fakten schafft.“ Limbourgs Vorpreschen wird durch ein medienpolitisches Vakuum begünstigt: Die Konstituierung des neuen Rundfunkrats war erst für den 14. März vorgesehen.

Das in Grundzügen von der Intendanz vorgelegte Konzept gilt als Grundlage für die Aufgabenplanung 2014 – 2017, deren Entwurf in Kürze der Bundesregierung und dem Bundestag vorgelegt werden soll. Entscheidend für die Perspektiven der DW wird einmal mehr die Höhe der bewilligten Bundesmittel sein. Derzeit liegen sie bei rund 270 Millionen Euro. Hier hofft die Intendanz offenbar auf Zugeständnisse des Bundes. Im Gespräch mit dem Mediendienst dwdl.de klagte Limbourg unlängst, die DW sei „in den letzten Jahren radikal runter gespart worden“. Bei normalem Wachstum seit 1998 würde sie inzwischen bei einem Etat von 400 Millionen Euro liegen, tatsächlich habe sie „inflationbereinigt 40 Prozent verloren“. Zwar erwarte er nicht, dass diese Lücke jetzt geschlossen werde, aber er rechne schon mit Unterstützung „bei wichtigen Projekten“. An diesem Punkt kann auch die Mediengewerkschaft mitgehen. ver.di-Vize Frank Werneke: „Wenn die Politik zu dem Schluss kommt, dass hier ein internationaler Nachrichtenkonkurrent zu BBC World entstehen soll, dann muss sie auch für die entsprechende Finanzausstattung sorgen.“

Günter Herkel ■

Gegen Entlassungen und Tariffucht beim Ippen-Imperium in München

Tarifaueinandersetzung mal anders: Mit einer „Brotsuppenverteilung“ protestierten Beschäftigte vor dem Münchner Zeitungsverlag in der Paul-Heysel-Straße gegen Entlassungen und die andauernde Tariffucht in der Ippen-Mediengruppe. Das Suppenrezept stammte von Prinzipal Dr. Ippen selbst. In einem Kochbuch zur Resteverwertung beteuert er, dass ihm „bescheidene Ernährung“ als Kind „nicht geschadet“ habe. Weil die Produktion zu teuer sei, hat die Mediengruppe Münchner Merkur/tz Anfang Februar einige Heimatausgaben des *Münchner Merkur* vom Druckhaus Dessauerstraße in München ins Druckhaus Wolfratshausen und Aufträge von dort ins neue, nicht tarifgebundene Druckzentrum Penzberg verschoben. Im Druckhaus Dessauerstraße wurden vor Weihnachten 15 Beschäftigte gekündigt. Im Frühjahr mussten beim Kreisboten-Verlag in Weilheim deswegen schon 15 Vollzeitbeschäftigte und rund 70 Abfrücker gehen. ver.di befürchtet, dass die bisherigen Maßnahmen nur der Anfang vom Ende der Tarifverträge in allen Häusern der Mediengruppe sind. ■



Foto: Werner Bachmeier

Kehraus bei DuMont Schauberg

In der Berliner Zeitung erstmals Kündigungen kompensiert

Die Zerschlagung des Verlages DuMont Schauberg durch Entlassungen und Tariffucht ist weiter im Gange. Nun setzt man auch im Kölner Mutterhaus auf ein freiwilliges Abfindungsangebot. ver.di hat einen Altersteilzeitvertrag ausgehandelt. Damit sollen vorrangig die für 2014 avisierten Kündigungen abgedeckt werden.

Kölner Lokalfernsehen (Center.TV) Für 2013 erwartet man bei M. DuMontSchauberg wieder ein ausgeglichenes Ergebnis. Einsparen und Auslagern gilt als Rezept. Mehr als 120 Beschäftigte der Abteilungen Vertrieb/Marketing und Anzeigen sind in Köln zu Jahresbeginn in die tariflose Tochtergesellschaft Media Vermarktung Rheinland (MVR) ausgelagert worden. „Vollständige unternehmerische Freiheit“ reklamierte Verlagsgeschäftsführer Froben dafür in einem „War of Talents“.

Wegen der in Köln für dieses Jahr angekündigten 84 betriebsbedingten Entlassungen in Druck, Vorstufe und Bildbearbeitung wurde seit Herbst verhandelt. Die Geschäftsführung holte sich einen Mann von außen: den als Hardliner bekannten Juristen Johannes Weberling, einst Personalchef beim Berliner Verlag. Der Betriebsrat strebt einen Tarifvertrag zur Beschäftigungssicherung an und hatte in November ein eigenes Vorschlagspaket übergeben. Als „kleinen Fortschritt“ sieht die Interessenvertretung das Zwischenergebnis, das der Belegschaft am 6. März verkündet wurde. Ein freiwilliges Abfindungsangebot soll verbindlich für die von betriebsbedingten Kündigungen bedrohten Bereiche, aber auch darüber hinaus gelten. Beschäftigte ab 55 mit zehn Jahren Betriebszugehörigkeit können zudem eine Altersteilzeitregelung für maximal sechs bzw. acht Jahre nutzen, die bis zu 80 Prozent der Bezüge sichern soll. Dass bei entsprechender Resonanz Kündigungen weitgehend vermieden werden können, hofft man im Betriebsrat. Zudem sollen über eine Einigungsstelle Verhandlungen zu Interessenausgleich und Sozialplan beginnen.

Ein Abfindungsmodell ist für MDS nicht neu. Viele profilgebende, langjährige Redakteurinnen und

Der Anfang Februar veröffentlichte Konzernabschluss der Mediengruppe DuMont Schauberg (MDS) weist einen 112-Millionen Euro-Verlust für 2012 aus. Nicht nur die Insolvenz der *Frankfurter Rundschau* hat dazu beigetragen. Auch die hauptstädtischen Zeitungstitel führen Defizite in Millionenhöhe ein, Verluste gab es im Buchgeschäft, bei der israelischen Zeitungsbeteiligung (Haaretz) und im

Protestlogo gestaltet von den Vertrauensleuten des Kölner Stadtanzeiger und des Kölner Express

**WIR LASSEN
UNS NICHT
VON BORD WERFEN!**



Redakteure hatten 2013 die Berliner Blätter (*Berliner Zeitung*, *Berliner Kurier*) nach einem Freiwilligenmodell verlassen. „Die Arbeitsbelastung für die Verbliebenen steigt weiter, wir sehen das mit Sorge“, so die Betriebsvorsitzende Renate Gensch. In der Redaktion der *Berliner Zeitung* konnte sie Ende Februar einen bislang einmaligen Erfolg vermelden: Vier der im Juni 2013 ausgesprochenen Kündigungen wurden zurückgenommen. Die Kollegen können bleiben, weil 13 andere mit Arbeitszeitverkürzung bis zu zwei Jahren eine Alternative gegen weiteren Kahlschlag schaffen. Gensch freut sich, dass das von Beschäftigten initiierte Modell fruchtet: „Es lohnt sich zu kämpfen.“ Verhandlungen über den vom Unternehmen gekündigten Haustarif des Berliner Verlages kommen allerdings nur langsam in Fahrt. Die Geschäftsführung zielt offenbar darauf, Weihnachts- und Urlaubsgeld für die Redakteure auf das Niveau der Verlagsangestellten abzusenken. Nach Berechnungen der Arbeitnehmerseite

brächte das für die Einzelnen jährliche Einbußen zwischen 450 und 1 800 Euro. ver.di will dagegen Beschäftigungssicherung und Tarifbindung auch für die bislang tariflose Redaktionsgemeinschaft durchsetzen.

Sechs der insgesamt 57 Kolleginnen und Kollegen aus der hauptstädtischen Anzeigenabteilung haben den Betriebsübergang in eine tariflose BerlinMedien Vermarktung GmbH zum 1. Januar 2014 verweigert. Der Betriebsrat widersprach entsprechenden Kündigungen. Bereits avisiert ist die konzernweite Auslagerung von Personalabteilungen und Gehaltsbüros in eine ebenfalls tariflose DuMont Personalmanagement GmbH. Sie werde ab April Leistungen für die Standorte Köln, Berlin und Halle zusammenfassen. Zentralisiert werden soll demnächst in Köln auch das Archiv. Deshalb wurden bei der Mitteldeutschen Zeitung im Februar ebenfalls Kündigungen ausgesprochen. Der Hallenser Betriebsrat beklagt die „Kälte des Vorgehens“.

Helma Nehrlich ■

Münchener Abendzeitung geht in die Insolvenz

Traditionsblatt kann jahrelange Verluste nicht mehr ausgleichen



Foto: Bernd Mann

Die Münchner Abendzeitung – kurz nur AZ genannt – hat Insolvenzantrag gestellt. Die Verlegerfamilie Friedmann hat der „von Natur aus fröhlichen“ Zeitung (Süddeutsche.de) den Geldhahn zuge-dreht. Sie verweist darauf, dass die AZ seit 1991 Verluste von rund 70 Millionen Euro erlitten habe und sie nicht mehr in der Lage sei, weitere Mittel zur Verfügung zu stellen.

Zur Finanzierung des Defizits ist in den letzten Jahren bereits das gesamte „Tafelsilber“ verkauft worden: das einstige Verlagsgebäude in der Sendlinger Straße, die *Abendzeitung Nürnberg* samt *Frankenreport* und diverse Rundfunkbeteiligungen.

Gehofft wird jetzt darauf, einen finanzkräftigen Investor zu finden. Der wird – bislang hinter vorgehaltener Hand – schon länger gesucht. In der Gerüchteküche wurde allen voran immer wieder der lokale Mitbewerber Ippen gehandelt (*tz*, *Münchner Merkur*), aber auch Neven DuMont und andere einschlägig Verdächtigen genannt. Der Einstieg eines „starken Partners“ sei bisher an der „restriktiven kartellrechtlichen Situation gescheitert“, heißt es in der Mitteilung des Verlags.

Neu sind die Probleme der AZ nicht. Sie entstanden schon lange vor der Zeitungskrise, die heute als Watschenbaum für alle Fehlentwicklungen in Verlagshäusern erhalten muss. So ließ die Eigentümerfamilie

jahrelang einen Chefredakteur auf Leserschaft und Redaktion los, dem München samt Münchnern und das fröhliche Naturell der AZ immer fremd blieb. Jahrelang durfte dazu auch noch ein Geschäftsführer schalten und walten, der den Niedergang zur Kunstform erhob. Die Belegschaft wurde rabiat reduziert, viele der bekannten Autorinnen und Autoren gingen von Bord. Proteste von Belegschaft und Betriebsrat, die vehement auf die Fehlentwicklungen hinwiesen, verhallten in den Verlagsräumen.

Die inhaltlichen Experimente und die verordneten Dünnblatt-Ausgaben sorgten für nachhaltige Verstörung bei den Leserinnen und Lesern. Im heiß umkämpften Münchner Zeitungsmarkt war das fatal. Die Auflagenkurve ging rapide abwärts. Mit der Berufung von Chefredakteur Arno Markowsky sollte der Umschwung wieder geschafft werden. Doch wie, wenn als erstes gleich mal die nächste Kündigungswelle ansteht. Die arg dezimierte Redaktion hatte immer ihr Bestes getan und tat es auch jetzt. Doch es war zu spät.

Dennoch kam der Insolvenzantrag überraschend und „ist ein schwerer Schlag für die Pressevielfalt in Bayern“, erklärte Karl-Heinz Kaschel-Arnold für den Medienfachbereich von ver.di. „Zugleich stehen die 115 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nun vor einer völlig unsicheren Zukunft, nachdem sie in den letzten Jahren über eine Sanierungsvereinbarung auf erhebliche Teile ihres Einkommens verzichtet haben, um das Erscheinen der AZ möglich zu machen.“ Offenbar vergebliche Opfer. Kaschel-Arnold forderte sofortige Verhandlungen unter Einbeziehung des gerade neu-gewählten Betriebsrats über die Zukunft des Blattes, Gespräche über das Schicksal und die Absicherung der Beschäftigten.

Bernd Mann / wen ■

VG-Wort: Verteilung wie geplant

Nachausschüttungen im Februar – und weit mehr in Zukunft

Alle im Jahr 2014 anstehenden Ausschüttungen der VG Wort an Autoren und Verlage erfolgen gemäß den Regelungen des Verteilungsplans. Das hat der Verwaltungsrat der Verwertungsgesellschaft am 13. Februar beschlossen.



Die Ausschüttungen stehen unter dem Vorbehalt einer späteren Korrektur in Hinblick auf die Auswirkungen des Urteils des Oberlandesgerichts München vom 17. Oktober 2013. Im sogenannten Vogel-Prozess hatte das Gericht eine

pauschalierte Ausschüttung nach festen Quoten an Verlage (und folglich auch an Autoren), wie sie der Verteilungsplan der VG Wort seit jeher vorsieht, als rechtlich unzulässig beurteilt (siehe M 7/2013). Die VG Wort hat Revision zum Bundesgerichtshof eingelegt und die Bildung von Rückstellungen beschlossen.

Bereits vor der Hauptausschüttung im Juni 2014 gab es bei der VG Wort noch Ende Februar Nachausschüttungen für frühere Jahre an die jeweiligen Bezugsberechtigten. 20,7 Millionen Euro wurden in der Sparte Audio und Video aus nachträglichen PC-Einnahmen für die Jahre 2008 bis 2010 im audiovisuellen Bereich ausgeschüttet, 2,2 Millionen Euro im Bereich Presse-Reprographie.

In Zukunft stehen weitere große Nachausschüttungen an. Nach drei Jahren Verhandlungen haben sich die in der ZPÜ zusammengeschlossenen Verwertungsgesellschaften sowie die VG Wort und VG Bild-Kunst mit den Verbänden der Hersteller und Importeure von PCs (BCH und BITKOM) endlich über die auf Urheberabgaben für Computer geeinigt. Die neuen Gesamtverträge gelten rückwirkend ab Dezember 2011 und laufen mindestens bis Ende 2016. Nach BITKOM-Schätzungen fließen den Urhebern damit für die Jahre 2011 bis 2013 rund 240 Millionen Euro von den IT-Unternehmen zu. Ab 2014 ist mit jährlichen Zahlungen von rund 70 Millionen Euro zu rechnen.

Die Vertreter der Verwertungsgesellschaften appellierten in diesem Zusammenhang an den Gesetzgeber, durch „Einführung einer Hinterlegungspflicht die gesetzlichen Grundlagen dafür zu schaffen, dass auch während langer Verhandlungen der Geldfluss an die Urheber und die Leistungsschutzberechtigten gewährleistet bleibt.“ Wie berechtigt diese Forderung ist, zeigt der Prozess gegen mehrere Hersteller und Importeure von Druckern und PCs, der am 30. April 2014 nach einer für die VG Wort positiven Vorabentscheidung des Europäischen Gerichtshofs vom 26. Juni 2013 (siehe M 5/2013) zum zweiten Mal vor dem Bundesgerichtshof verhandelt wird. Hier könnten für die Jahre 2002 bis 2007 allein für Drucker mehr als 900 Millionen Euro nachgezahlt werden müssen. **lü ■**

Zwölf Verlage in der VG Media

Viele Unwägbarkeiten beim Presse-Leistungsschutzrecht

Nun ist es offiziell: Zwölf Presseverlage steigen als Gesellschafter in die VG Media ein. Die Verlage wollen 50 Prozent dieser Verwertungsgesellschaft, die bisher von 13 privaten TV- und Hörfunkunternehmen getragen wurde, übernehmen, um das Presse-Leistungsschutzrecht gegenüber „Newsaggregatoren“ wie Google durchzusetzen.

Neben Springer und Burda, die sich darauf frühzeitig festgelegt hatten, beteiligen sich die deutschen Verlagshäuser Funke, Madsack, M. DuMont Schauberg und Aschendorff, außerdem der Münchener Zeitungsverlag, die Presse-Druck und Verlags-GmbH (*Augsburger Allgemeine*), die Rheinisch-Bergische Verlagsgesellschaft (*Rheinische Post*), der sh:z Schleswig-Holsteinische Zeitungsverlag, der Evangelische Presseverband Norddeutschland und die ZGO Zeitungsgruppe Ostfriesland.

Portale wie *Spiegel Online* und *heise online* gehen diesen Weg allerdings nicht mit. Die Verlage des Nachrichtenmagazins *Der Spiegel*, der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* und der *Süddeutschen Zeitung* haben

eine Einladung ausgeschlagen, sich ebenfalls an der VG Media zu beteiligen. Nicht dabei sind außerdem das *Handelsblatt*, *Die Zeit* sowie die Verlagsgruppe Gruner+Jahr.

Zudem will auch die VG Wort in Zukunft das Leistungsschutzrecht der Presseverleger und den Beteiligungsanspruch der Urheber wahrnehmen, der für die VG Media offenbar keine Rolle spielt (siehe M 6/2013). Das umstrittene Leistungsschutzrecht war am 1. August 2013 in Kraft getreten. Das Gesetz ermöglicht Verlagen, für Web-Veröffentlichung aus Presseartikeln eine Lizenzgebühr zu erheben. Suchmaschinen dürfen jedoch „einzelne Wörter und kleinste Textauschnitte“ lizenzfrei nutzen.

Diese unklare Definition lässt jahrelange rechtliche Auseinandersetzungen der VG Media mit Google erwarten, zumal der Internetkonzern kürzlich noch einmal bekräftigt hat, nicht zahlen zu wollen. Nach dem Inkrafttreten des Leistungsschutzrechtes hatte Google die Verlage aufgefordert, einer kostenlosen Nutzung in Google News zuzustimmen, andernfalls werden ihre Onlineangebote dort nicht mehr gelistet. **lü ■**



Foto: Dreaming Andy / Fotolia.com

Die Nazis und ihre Medien

Gewerkschaftsveranstaltung in Hessen traf auf große Resonanz



Foto: Jan Jacob Hofmann

Hanning Voigts (l.) und Sascha Schmidt beobachten die Naziseiten im Web

Das Café Wiesengrund in Frankfurt am Main war rappelvoll, als es am 7. Februar um „Die Nazis und ihre Medien“ ging. Die dju Hessen hatte gemeinsam mit dem DGB Frankfurt zu dem Informationsabend eingeladen. Das große Interesse überraschte die Veranstalter: rund 80 Leute kamen.

Jeden morgen schaut sich Hanning Voigts Nazi-Auftritte im Internet an. Der Journalist der *Frankfurter Rundschau* ist Spezialist für die extreme Rechte. Was die neuen Braunen auf Facebook und Twitter oder in ihren Blogs verbreiten, ist für ihn eine wichtige Informationsquelle. Das Internet ist für die Nazis inzwischen so sehr Alltag geworden, dass sie sich hier recht sorglos geben. „Sie sagen mehr über sich, als ihnen gut tut“, stellt Voigts fest. Er berichtete gemeinsam mit dem DGB-Jugendbildungsreferenten Sascha Schmidt auf der Gewerkschaftsveranstaltung von seinen Erfahrungen mit den Nazis und ihren Medien.

Das Internet hat den traditionellen Medien der Nazis wie dem NPD-Organ *Nationalzeitung* längst den Rang abgelassen. Die Braunen tummeln sich nun in den Sozialen Netzwerken, auf Facebook und Twitter vor allem, sowie in Blogs. Die neuen Nazis versuchen sich ein Image weg von „Braunhemden und Knickebockern“ zu verpassen, so Sascha Schmidt. Sie treten auf wie ihre ärgsten Feinde, die autonome Antifa. „Schwarze Blöcke gehören inzwischen zu Nazi-Demos“, sagt Schmidt.

Anglizismen seien nicht mehr verpönt. Er spricht von einem „modernerem und rebellischem Image“, das sich die Neubraunen verpassen. Es sei ihnen egal, wie jemand aussehe, Hauptsache die Ideologie sei richtig. Frauen würden als „Teil der kämpfenden Front“ gesehen. Mit Feminismus wolle man aber nichts zu tun haben. Die Neonazis versuchten sich „auf der Höhe der Zeit“ zu präsentieren, würden dabei aber die alten Inhalte und NS-Bezüge transportieren, erläuterte der Referent.

Selten kluge Köpfe. Die neuen Anhänger alten faschistischen Gedankengutes stellen sich recht unbefangen im weltweiten Datennetz dar. Sie fühlen sich hier so zu Hause, dass sie sich geben wie in ihren eigenen vier Wänden. Wie jener Neonazi aus dem Lumdatal bei Gießen beispielsweise, der ein Foto ins Netz stellte, auf dem er vor Hakenkreuzen posiert. Gegen den jungen Mann läuft nun ein Strafverfahren. Solche Dokumente sollten rasch gesichert werden, denn sie könnten bald wieder verschwunden sein, „weil einem auffällt, dass das nicht so gut ist“, sagte Voigts. Kluge Köpfe sind unter den Nazis aber eher selten. Mit der deutschen Rechtschreibung haben die Braunen oft Probleme, stellte Voigts fest.

Zu den Klügeren gehören die Anhänger der sogenannten „identitären Bewegung“, die sich scheinbar von rassistischen Ideologien distanzieren, aber gegen „Multikulti“ und „Islamisierung“ hetzen. Wie groß diese Gruppe in Hessen ist, lässt sich laut Schmidt nicht sagen. Es lasse sich nicht feststellen, wie viele

reale Personen hinter den diversen Internetauftritten stehen.

Anzeige erstatten und bei Facebook oder Twitter auf ein Sperren des Auftritts hinwirken, schlug Sascha Schmidt als Weg gegen rechte Hetze im Netz vor. Sich auf Diskussionen mit den Nazis in deren Foren einzulassen, sei nicht sinnvoll: „Das bringt nichts.“

Voigts findet es nicht so gut, die rechten Auftritte im Internet zu unterbinden. Seine journalistische Neugier steht dagegen. Die Naziseiten im Netz sind für ihn eine wichtige Informationsquelle, „eine journalistische Goldgrube“, wie er sagt. „Ich habe an Löschungen kein Interesse“, betont er. Morgens schaut er sich regelmäßig die einschlägigen Internetauftritte an. So erfährt er zum Beispiel, dass es nachts Hausdurchsuchungen bei Neonazis gegeben hat, von denen empört selbst ins Netz gestellt. Sein Anruf bei der Staatsanwaltschaft stößt dann auf Verwunderung: „Woher wissen Sie davon?“ Oder die Antifa macht auf Wohnungen von Neonazis aufmerksam. Die Angeprangerten belegen durch ihre empörte Reaktion im Internet, dass die Informationen der Antifa zutreffen.

Mehr Schein als Sein. Die Neonazis im Lumdatal unweit von Gießen hatten durch dreiste Aktionen Aufsehen erregt. Schmidt: „Die treten die Tür der Bürgermeisterin ein und sind dabei noch nicht einmal maskiert.“ Um die 50 Straftaten werden der Gruppe inzwischen angelastet. Auch im Internet präsentierten sich die Lumdaler Neonazis eifrig auf ihrem „Infoportal Lumdatal“. Mit einer CD mit Rechtsrock wollten sie in einer Schule Anhänger werben. Einer engagierten Lehrerin sei es zu verdanken, dass ihnen das nicht gelungen ist, berichtet Voigts. Die Lumdaler Neonazis seien vor allem Leute mit Problemen wie Alkoholismus und Arbeitslosigkeit.

Die Selbstdarstellung der Nazis im Internet ist mit Vorsicht zu nutzen, warnt Voigts. Oft sei es „mehr Schein als Sein“, was die Neubraunen dort von sich geben. Wie etwa das manipulierte Foto der Lumdaler, das ihre Gruppe größer erscheinen lassen solle, als sie tatsächlich ist. In das Bild waren mehrere Personen mehrfach hineinkopiert worden. Auch würden sie in ihren Internetauftritten zur Mythenbildung neigen, sagt Voigts.

Die traditionelle Nazi-Partei NPD hat in Hessen laut Schmidt kräftig Mitglieder verloren, ist von rund 400 auf 280 geschrumpft. Ihre Demonstrationen hätten – selbst wenn Bundesprominenz aufgefahren werde – nur wenig Zugkraft. Dennoch habe die NPD bei der jüngsten Bundestagswahl 11.000 Stimmen hinzugewonnen und habe mit 1,1 Prozent der Stimmen es immerhin zur Wahlkampfkostenerstattung geschafft. Rund 20 autonome oder freie Nazigruppen sind laut Schmidt in den vergangenen Jahren in Hessen aufgetreten. Bei Demonstrationen seien es höchstens zwischen 40 und 50 Leute gewesen. Schmidt: „Das ist etwa das, was die Kameradschaftsszene in Hessen mobilisieren kann.“

Bruno Rieb ■

Journalist mit Leibwächter

Kolumbien: Wegen kritischer Berichte im Visier der Paramilitärs

Obwohl in Kolumbien der Bürgerkrieg beendet ist, ist das Land vom Frieden noch weit entfernt. Die rechtsgerichteten paramilitärischen Kräfte, die sich einst im Kampf gegen die Links-Guerilla vereinigt hatten, verfügen immer noch über starken politischen und wirtschaftlichen Einfluss und sind verantwortlich für Auf-

tragsmorde – etwa im Norden Kolumbiens an der Karibikküste, von wo auch der Rechtsanwalt und Journalist Alejandro Arias stammt. Der 2013 mit dem höchsten nationalen Journalismuspreis Premio de Bolívar ausgezeichnete Arias (45) wird wegen seiner schonungslosen Aufdeckung von Korruption und Umweltvergehen in seinem Blog vom Paramilitär mit dem Tode bedroht. Arias lebt streng bewacht in seiner Heimatstadt Santa Marta.



Foto: Oliver Ristau

Der kolumbianische Journalist und Rechtsanwalt Alejandro Arias

Blog

Alejandro Arias veröffentlicht Recherchen und Dokumente exklusiv in seinem Blog und lädt jeden ein, diesen auch ohne Nennung seines Namens zu nutzen:
<http://alejandroaria2.blogspot.com/>

Alejandro, gehst du noch zum Bäcker oder in eine Bar ein Bier trinken?

Alejandro Arias | Nein, ich gehe schon lange nicht mehr auf die Straße, nicht ins Kino, nicht ins Restaurant. Das soziale Leben ist schwierig geworden. Ich lebe in einem Hochhaus mit meiner Familie im 21. Stockwerk. Draußen sind immer Sicherheitskräfte positioniert. Manchmal besuche ich meine Mutter. Doch es kommt oft vor, dass die Sicherheitskräfte nervös werden, wenn merkwürdige Personen auf Motorrädern bei ihr vorbei fahren. Ich muss dann schnell aufbrechen und lass meine Mutter mit dem Essen alleine.

Seit wann wirst du wegen deiner Veröffentlichungen bedroht?

Es begann 2009, als ich über Unkorrektheiten im Zusammenhang mit den Plänen zum Bau eines Luxus-Hotels in Nationalpark Tayrona (einem Naturschutzgebiet an der Karibikküste und Territorium indigener Völker, Anm. d. Autors) berichtete, in die Großgrundbesitzer und Regionalpolitiker verstrickt waren. Hässlich und ernst wurde es aber 2011, als ich ein Interview mit einem früheren Chef der Autodefensas (die Vereinigung der paramilitärischen Gruppen, Anm. d. Autors) führte. Er gab offen und detailliert über die Beziehungen zwischen Regionalpolitikern und dem Paramilitär Auskunft. Zwei Tage nach der Veröffentlichung des Interviews erschien eine Todesliste der Paramilitärs mit den Namen von zehn Journalisten. Ich stand ganz oben auf der Liste.

Als ich dann 2012 anfang, über den Kohleproduzenten Drummond wegen seiner Umweltvergehen bei der Verladung von Kohle auf Schiffe zu berichten und Fotobeweise über das Versenken der Kohle im Meer veröffentlichte, nahmen die Drohungen weiter zu. Seit dieser Zeit werde ich von zwei Leibwächtern der Sicherheitskräfte der Regierung rund um die Uhr be-

wacht und trage außerhalb des Hauses eine kugelsichere Weste.

Wie passt das zusammen? Große internationale Kohlekonzerne und Todesdrohungen gegen Journalisten?

Das ist eine wirklich schwerwiegende Geschichte. Ich weiß nicht, ob sie alle internationalen Kohleunternehmen betrifft, die in Kolumbien tätig sind. Ich habe nur Dokumente über die US-Firma Drummond. Es gibt zum Beispiel Interviews anderer Journalisten mit Verantwortlichen der Paramilitärs, die aussagen, Geld von Drummond zu erhalten. Ein Regionalbürgermeister sagte aus, dass bei Entführungen unliebsamer Personen durch die Paramilitärs auch Fahrzeuge von Drummond benutzt worden seien. Bei einem Interview, das ich mit einem einsitzenden ehemals hochrangigen Paramilitär geführt habe, wurde mir das ebenfalls bestätigt.

Die Regierung schützt dich gegen diese Kräfte?

Uneingeschränkt, auch wenn ich sie in meiner Berichterstattung nicht schone und sie mehrere Vorhaben und Genehmigungen etwa zur Verladung von Kohle wegen der veröffentlichten Dokumente rückgängig machen mussten.

Wie laufen die Einschüchterungen ab?

Über Telefon. Die Anrufer reden lange und stoßen üble Drohungen und Beleidigungen aus. Zwar lassen sich die Anrufe zurückverfolgen, doch oftmals wurden sie aus Gefängnissen abgesetzt, wo kriminelle Organisationen das Sagen haben.

Wie arbeitest du unter diesen Bedingungen?

Über die Wege, die ich nutze, um zu Terminen zu fahren, wird kurzfristig entschieden, nie über Telefon berichtet und die Routen werden teilweise kurzfristig geändert. Wir sind mit einem gepanzerten Bus unterwegs und erhalten zudem Begleitschutz der Polizei.

Wie belastet dich persönlich die Situation?

Mir bereitet es große Zufriedenheit, mit meiner Arbeit Dinge in Kolumbiens Gesellschaft zu verändern. Ich habe mich bewusst für den investigativen Journalismus entschieden. Mir war von Beginn an klar, dass in einem Land wie Kolumbien, wo die Sicherheitslage prekär ist, wo Menschen für kleine Beträge töten, ich mich einem großen Risiko aussetze. Anfangs habe ich es jedes Mal bereut, wenn ich neue Misstände enthüllt habe. Ich dachte: Damit werden sie dich töten. Doch irgendwann wird jeder von Gott abberufen. Ich bin religiös. Der Glaube gibt mir Kraft. Die einzige Angst, die ich habe, ist irgendjemanden mit meinen Veröffentlichungen unrecht zu tun. Deshalb lese ich alle Dokumente und Quellen mehrfach und sorgfältig und gebe sie Vertrauten vorher zum Studium. Das hat dazu geführt, dass ich trotz mehrerer hundert veröffentlichter investigativer Berichte noch nie etwas richtig stellen musste.

Das Gespräch führte
 Oliver Ristau ■

Journalisten angefeindet, verfolgt, ermordet

Interview mit der Journalistin Dina Meza aus Honduras

Die honduranische Journalistin und Menschenrechtsaktivistin lebt in Tegucigalpa – einer der gefährlichsten Städte der Welt. In der honduranischen Hauptstadt werden Journalisten angefeindet und verfolgt. Während des Präsidentschaftswahlkampfes im November des vorigen Jahres gab es mehrere Morde.

Der neue Präsident Juan Orlando Hernández ist vereidigt – hat sich damit auch die Situation in Honduras beruhigt?

Dina Meza | Nein, denn es gibt nach wie vor Angriffe auf Berichtersteller, es gibt eine Tendenz, diesen Beruf zu kriminalisieren, wenn die Reporter nicht wie gewünscht agieren. So hat es erst vor wenigen Tagen einen Prozess gegen einen Kollegen wegen Verleumdung gegeben. Der Journalist hatte über Korruption im Universitätssektor berichtet, über den Handel mit akademischen Titeln. Doch das Gericht sah das nicht als erwiesen an und verurteilte ihn zu einem Jahr und vier Monaten Gefängnis.

Im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen vom letzten November hat es eine Reihe von Morden gegeben – ist die Gewalt inzwischen zurückgegangen?

Generell schon, aber erst am 5. Februar wurden der Produzent einer Fernsehsendung und seine Frau ermordet aufgefunden. Ich hoffe, dass in diesem Fall ermittelt wird, denn das ist in Honduras keine Selbstverständlichkeit. Das wird auch international kritisiert, so zum Beispiel vom PEN Komitee „Writers in Prison“.

„Writers in Prison“ setzt sich für die Freiheit des Wortes und für den Schutz verfolgter Schriftstellerinnen und Schriftsteller weltweit ein. Sie und zwei weitere Kollegen wurden im Januar für Ihr Engagement mit dem gemeinsam mit Oxfam verliehenen Preis der freien Meinungsäußerung ausgezeichnet. Wie wird auf politischer Ebene in Honduras darauf reagiert?

Kaum. In Honduras ist die Politik damit beschäftigt sich neu zu orientieren. Im Parlament gibt es zwei neue Akteure mit dem Bündnis „Libre“ von Präsidentschaftskandidatin Xiomara Castro (die das Wahlergebnis wegen Unregelmäßigkeiten angezweifelt hat) und der Partei gegen die Korruption (PAC). Die PAC ist mit dreizehn Sitzen ins Parlament gewählt worden, Libre mit 37. Diese beiden neuen Akteure haben angekündigt, dass sie den Kongress nicht zum Spielzeug der Eliten verkommen lassen werden und sind eine Koalition eingegangen. Ihnen stehen die Liberale und die Nationale Partei gegenüber, die ihrerseits angekündigt haben, dass der Kongress nicht zur Bühne der Linken werden würde. Wir leben in einem stark polarisierten Land!

Wir wirkt sich das auf den Journalismus aus? Seit dem Putsch gegen Ex-Präsident Zelaya 2009 sind über dreißig Journalisten ermordet worden.

Ausgesprochen negativ, die Zahl der Journalistenmorde spricht Bände. Die Selbstzensur ist ein gravierendes Problem, denn alle Journalisten wissen, welche Risiken sie eingehen, wenn sie über bestimmte Themen berichten. Und in den von den konservativen Eliten des Landes kontrollierten Medien gibt es auch Zensur. Sie sorgt dafür, dass es eine Zweiteilung des Mediensystems gibt, wodurch das Gros der Bevölkerung nicht weiß, was im Land passiert. Es kommt auch immer wieder zu Anfeindungen von Journalisten durch Regierungsvertreter. So wurde zum Beispiel ein bekannter Journalist, der kritisch über die Diskriminierung und Diffamierung von Lehrern berichtet hatte, kürzlich vom Bildungsminister links liegen gelassen. Er hat ihm schlicht das Interview verweigert. So etwas ist nichts Ungewöhnliches.

Sie persönlich haben auch Morddrohungen erhalten. Wie ist Ihre derzeitige Situation?

Ich bin vor und während den Wahlen mehrfach verfolgt, beobachtet und ausgespät worden. Mein Telefon wurde abgehört, ich erhielt Drohanrufe, musste auch wieder einmal meine Wohnung wechseln, weil ich Angst um meine drei Kinder hatte. An dem Wagen, mit dem sie zur Schule gebracht werden, war ein Reifen manipuliert worden. Zudem stand über Wochen immer wieder ein Mann an der Ecke gegenüber von unserem Haus. Für mich ausreichend Gründe, um umzuziehen.

Sie sind sehr engagiert, arbeiten unter anderem für das Komitee der Angehörigen von Verhafteten und Verschwundenen in Honduras (COFADEH). Wie funktioniert das in der Realität?

Ich erhalte ein festes Gehalt vom Komitee und vertrete dort die Belange der Angehörigen. Wir arbeiten mit Anwälten, vertreten die Interessen der Familien. Parallel dazu betreue ich die Honduras-Sektion der Menschenrechts-Website „Frontline Defenders“ und informiere in einer Radiosendung über die Situation der Menschenrechte in Honduras.

Ende 2012 wurden Sie massiv bedroht und mussten ins Ausland gehen. Sie haben einen Kurs an der britischen Universität York für Menschenrechtsaktivisten und Journalisten absolviert. Dabei ging es um Strategien und Vorsichtsmaßnahmen, um sich selbst zu schützen. Helfen Ihnen diese neuen Kenntnisse im Alltag und bei der Arbeit in Tegucigalpa?

Ja, ganz klar, ich schaue aufmerksamer, analytischer und treffe Vorsichtsmaßnahmen. Ich habe dort viel Nützliches gelernt. Wir organisieren hier nun auch Kurse für gefährdete Journalisten. Allerdings fehlt uns für diese Arbeit immer noch das nötige Geld.

Das Gespräch führte Knut Henkel ■



Foto: Knut Henkel

Die honduranische Journalistin und Menschenrechtsaktivistin Dina Meza

Weitere Informationen:

<http://tinyurl.com/nwvz497>

<http://tinyurl.com/oltfpy9>



Journalistin wegen angeblicher Propaganda angeklagt

Den Weg zum Ermittler kannte Elena Klimova bereits, als sie am 31. Januar erneut vorgeladen wurde. Bereits 14 Tage vorher musste die Journalistin bei der Kriminalpolizei in der westrussischen Stadt Nischni Tagil vorstellig werden. Dabei war ihr mitgeteilt worden, dass mehrere Beschwerden des Parlamentsabgeordneten Vitalij Milonov aus St. Petersburg gegen sie vorlägen.

Am 31. Januar teilte ihr derselbe Ermittler mit, dass sie wegen des „Propagierens von nicht-traditionellen sexuellen Beziehungen“ angeklagt wird. Seit Juni 2013 ist das in Russland im Rahmen der homophoben Gesetzgebung eine Ordnungswidrigkeit, die mit Geldstrafen von umgerechnet bis zu 20.000 Euro geahndet werden kann. Der Ermittler betonte Klimova gegenüber, er führe nur Befehle aus. Beim ersten Termin hatte er noch betont, dass er in ihrer Tätigkeit keine Propaganda erkennen könne. Inzwischen liegt der Fall vor dem Gericht der Stadt Nischni Tagil.

Elena Klimova betreibt seit März 2013 ein Online-Projekt unter dem Namen „Children 404“; zuvor hatte sie mehrere Artikel über Lesben, Schwule und Bisexuelle veröffentlicht. Ziel von „Children 404“ ist es, homosexuelle Jugendliche zu beraten und ihnen psychologische Unterstützung anzubieten. Auch wurden mehrere Gruppen in sozialen Netzwerken eingerichtet, in denen die Jugendlichen ihre persönlichen Probleme und ihre Erfahrungen mit Belästigungen und Missverständnissen diskutieren können. Der Name des Projekts bezieht sich auf die Meldung „404 Page not found“, die erscheint, wenn man versucht, eine nicht existierende Webseite aufzurufen.

Der Petersburger Abgeordnete Milonov fordert eine Schließung der Angebote von Elena Klimova. Die Beschwerden des Parlamentarier, die der Anklage zugrunde liegen, durfte Klimova nicht einsehen.

Was können Sie tun?

Schreiben Sie an den russischen Generalstaatsanwalt und fordern Sie ihn auf, die Anklage gegen die Journalistin Elena Klimova fallen zu lassen. Dringen Sie darauf, dass es generell keine strafrechtlichen Verfolgungen wegen des „Propagierens von nicht-traditionellen sexuellen Beziehungen“ gibt.

Schreiben Sie in gutem Russisch, Englisch oder auf deutsch an:

Yuriy Yakovlevich Chaika
Prosecutor General's Office
ul. B. Dmitrovka, d.15a
125993 Moscow GSP- 3
RUSSISCHE FÖDERATION

Fax: (007) 495 987 58 41

Senden Sie eine Kopie Ihres Schreibens an:

BOTSCHAFT DER
RUSSISCHEN FÖDERATION
S. E. Herrn Vladimir M. Grinin
Unter den Linden 63-65
10117 Berlin

Fax: (030) 2299 397
E-Mail: info@Russische-Botschaft.de

Außerhalb der Einflussnahme

Mexikos meistgelesenes Magazin Proceso behauptet seine Unabhängigkeit



Foto: Knut Henkel

Mexikos Mediensektor liegt konzentriert in den Händen weniger großer Unternehmen und auch die Regierung versucht, über das Anzeigengeschäft Einfluss zu nehmen. Das Nachrichtenmagazin Proceso verteidigt jedoch seit dreißig Jahren erfolgreich seine Unabhängigkeit.

Auf die Fahnen vor dem Redaktionsgebäude und auf die Leuchtreklame verzichtet Salvador Corro (Foto) nur zu gern. „Wir wollen durch unsere Arbeit glänzen und nicht durch unser Äußeres“, sagt er und lässt ein süffisantes Lächeln um die Lippen spielen. Corro ist der stellvertretende Redaktionsleiter von Mexikos meistgelesenem Nachrichtenmagazin *Proceso* und alles andere als ein Schaumschläger. Spaß an der Recherche, Hartnäckigkeit und saubere Arbeit verlangt er von seiner Mannschaft, die aus knapp fünfzig Redakteuren und Korrespondenten besteht. Hinzu kommen noch vier Fotografen, die für die ungewöhnliche Bildsprache sorgen, die das Magazin auszeichnet und so manche Debatte in Mexiko angestoßen hat. So zum Beispiel der Abdruck von Fotos, die zeigen, was landesweit ungern gesehen wird: die Brutalität, mit der die Drogenkartelle vorgehen. Leichen, die mit Warnhinweisen weithin sichtbar an Brücken aufgeküpft hängen, vom Rumpf abgetrennte Köpfe zeugen davon genauso wie mit Gold und Edelsteinen verzierte Mordwerkzeuge aller Kaliber und Klingienstärken. Konfrontation und das Bekenntnis zur kritischen Berichterstattung, zur investigativen Recherche und zur Unparteilichkeit zeichnet das wöchentlich erscheinende Magazin mit einer Auflage von 150.000 Exemplaren aus.

amnesty
international
Postfach
53108 Bonn
Tel.: 0228 / 98 37 30
www.amnesty.de



ver.di
Bundesverwaltung
Paula-Thiede-Ufer 10
10179 Berlin
www.verdi.de

Die liegen manchmal ganz oben beim Zeitungskiosk, manchmal ganz unten und es ist schon vorgekommen, dass die Auflage in Städten wie Veracruz, Puebla oder Nuevo Leon aufgekauft wurde – vermutlich von Drogenkartellen. Denen ist die Berichterstattung der im Stadtteil Colonia del Valle von Mexiko Stadt ansässigen Redaktion alles andere als genehm. Das gilt auch für die Regierung, die Kirche, die politischen Parteien, die allesamt schon mit *Proceso* im Clinch lagen. Das Magazin pocht anders als viele andere Medien auf seine Unabhängigkeit von den oft großzügig verteilten Annoncen der Zentral- und Regionalregierungen. Ohne die schafft es so manches Medium nicht. *Proceso* lebt hingegen von den Lesern, so Corro. Die garantieren das Überleben des 1976 gegründeten Magazins. Dessen Reporter decken immer wieder Skandale auf, werden aber auch immer wieder angefeindet.

So musste Alejandro Guitierrez wegen Morddrohungen 2007 nach Spanien gehen, Regina Martínez wurde im April 2012 in Jalapa im Bundesstaat Veracruz brutal ermordet. Auch Jorge Carrasco, *Proceso*-Reporter, der die Hintergründe des Mordes an seiner Kollegin Martínez aufdecken wollte, erhielt Morddrohungen und musste fliehen. Die Liste ist lang und auch der in Oaxaca lebende *Proceso*-Korrespondent Pedro Matías steht drauf. Der floh 2009 nach Deutschland, nachdem er bedroht, entführt und gefoltert wurde. „Wir können unsere Reporter nicht umfassend schützen, aber wir verpflichten sie, unauffällig zu agieren, vorsichtig mit ihren Quellen umzugehen und haben ein paar Vorgaben zur Kommunikation entwickelt. Das hilft, aber wer sich entschieden hat, uns zu schaden, den können wir kaum aufhalten“, erklärt Salvador Corro und nimmt die Druckfahnen der neuen Ausgabe entgegen. **Knut Henkel ■**

Japan: Medien unter Druck

Berichte über die Situation in Fukushima werden zensiert

Drei Jahre nach der Atomkatastrophe von Fukushima leiden die Menschen unter der Strahlung. Die Schildrüsenskrebsrate bei Kindern ist deutlich angestiegen. Doch japanische Journalisten können kaum unabhängig über die Folgen der Katastrophe berichten.



Oshidori Mako war anlässlich einer Tagung „Folgen von Atomkatastrophen für Natur und Mensch“ im März 2014 zu Besuch in Deutschland.

Atom-Konzerne sind die größten Sponsoren japanischer Medien. Sie üben viel Druck auf die Berichterstattung aus. Oshidori Mako recherchiert und berichtet dennoch seit dem 11. März 2011 über die Folgen der Reaktorkatastrophe für Gesundheit, Natur und Gesellschaft. Sie spricht mit Kraftwerksarbeitern und Anwohnern, besucht Pressekonferenzen des Betreiberkonzerns Tepco. Doch ihre Arbeit ist nicht einfach: „Sobald ich etwas berichte, was unangenehm für die Regierung oder Tepco ist, spüre ich einen großen Druck“, sagt sie. So werden geplante Fernsehauftritte

von Sponsoren verboten oder kurzfristig abgesagt. Bei Printmedien erhält sie Vorgaben, was sie schreiben und welche Ausdrücke sie verwenden darf. Lediglich bei kleinen unabhängigen Zeitungen oder Websites könne sie ihre Meinung frei äußern. Allerdings seien die Auflagen dort gering, die Klickzahlen niedrig. „Ich denke, dass ich mit meinen Artikeln weniger als ein Prozent der Bevölkerung erreiche“, sagt die Journalistin.

Dabei sei der Atom-Unfall in Fukushima keineswegs unter Kontrolle, betont Oshidori. Jeden Tag würden neue Lecks entdeckt. Die Folgen der Katastrophe spiele Tepco systematisch herunter. Beispielsweise seien dem Konzern zufolge bislang lediglich fünf Arbeiter gestorben. Diese Zahl beziehe sich jedoch nur auf diejenigen, die während der Arbeit verstarben, sagt Oshidori. „Wer am Wochenende stirbt, oder wer mit der Arbeit aufhört und später stirbt, taucht in der Statistik nicht auf.“

Von der japanischen Regierung fordert die Journalistin, Informationen offenzulegen. Gleichzeitig müsse sie der Bevölkerung ermöglichen, ausreichend Kenntnisse zu erwerben, um die Informationen richtig zu verstehen. Außerdem fordert Oshidori Mittel für Menschen, die die Region um Fukushima verlassen wollen. Derzeit stellt die Regierung nur für diejenigen Geld zur Verfügung, die in ihrer Kommune, d.h. auf verseuchtem, offiziell dekontaminiertem Gebiet, weiter leben. „Für diejenigen, die fliehen wollen, stellt die Regierung kein Geld bereit“, kritisiert Oshidori. **Verena Schneider ■**

Oshidori Mako studierte ursprünglich Medizin. Als Journalistin arbeitet sie u.a. für die Zeitung „Photojournalism“ und das Online-Magazin www.magazine9.jp. Außerdem ist sie Vorstandsmitglied der Free Press Organisation, die 2011 als Reaktion auf die Verquickung von Stromkonzernen, Medien, Politik und Wissenschaft in Japan gegründet wurde.

Leute

SERVICE ZUM SURFEN

Der Service ist im Netz unter:
<http://mmm.verdi.de/service>



Grafik: Hermann Haubrich

Nach 16 Jahren in der WDR-Redaktion Fernsehfilm, Kino und Serien hat **Michael André** den Sender zum 31. Januar 2014 altershalber verlassen. André hat internationale Kinofilme wie „Caché“ betreut oder Fernsehfilme wie die Romanverfilmung „Grenzgang“ entwickelt. Sein Nachfolger im WDR wird Dr. **Götz Schmiedes**, zuvor im Hörspiel des Kölner Senders als Dramaturg tätig.

ARD-Programmbeirat: Dr. **Paul Siebertz**, der die Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft im BR-Rundfunkrat vertritt, wurde als Vorsitzender des ARD-Programmbeirats ebenso wiedergewählt wie seine Stellvertreterin **Judith von Witzleben-Sadowsky**, die vom Landeselternrat Niedersachsen in den Landesrundfunkrat des NDR entsandt wurde.

Arno Balzer, bisher u. a. Chefredakteur des Manager Magazins, wurde Herausgeber des Wirtschaftstitels Bilanz Deutschland (Axel Springer SE); das Schweizer Wirtschaftsmagazin wird ab Mai als Supplement der Tageszeitung Die Welt erstmals in einer deutschen Ausgabe erscheinen. Chefredakteur ist **Klaus Boldt**, zuvor für das Manager Magazin tätig.

Patrick Bauer, zuletzt Chefredakteur von Neon und Nido, wird ab Mai als Autor für das Süddeutsche Zeitung Magazin arbeiten. Bauer hatte zusammen mit **Vera Schröder** im Herbst 2012 die Chefredaktion von Neon und Nido übernommen. Seit Jahresbeginn ist **Oliver Stolle** Chefredakteur der Gruner + Jahr-Zeitschriften.

Jana Betten, zuletzt für die Berichterstattung über den FC Bayern München bei Sky zuständig, wechselte zum Sport-Team von n-tv.

Der Rundfunkrat des Hessischen Rundfunks (HR) hat **Harald Brandes**

zum neuen Vorsitzenden des Finanzausschusses des HR gewählt. Brandes, als Vertreter der Arbeitsgemeinschaft der Hessischen Handwerkskammern seit 2013 im Rundfunkrat, tritt die Nachfolge von **Carl-L. von Boehm-Bezing** an. Zum neuen stellv. Vorsitzenden dieses Ausschusses wurde Dr. **Hejo Manderscheid** als Nachfolger von Prof. Dr. **Rolf-Dieter Postlep** gewählt. Manderscheid ist der Vertreter der Liga der freien Wohlfahrtspflege in Hessen.

Phillip Cassier ist Textchef bei ICON, dem Stilmagazin der Welt am Sonntag. Er berichtet an **Inga Griese**, Redaktionsleiterin ICON. Cassier ist bereits seit 2002 für Axel Springer tätig.

Als Vorsitzender des Deutschen Presseclubs e.V. wurde auf der Mitgliederversammlung am 24. Februar 2014 der langjährige ehemalige Leiter des WDR-Hörfunkstudios Berlin Dr. **Gerd Depenbrock** wieder gewählt. Zu weiteren Vorstandsmitgliedern wurden **Eva Corell** (Bayerischer Rundfunk), Dr. **Dieter Keller** (Südwest Presse), **Philipp Neumann** (Focus), **Holger Schmale** (DuMont Redaktionsgemeinschaft), **Beate Tenfelde** (Neue Osnabrücker Zeitung) und **Birgit Wentzien-Ziegler** (Deutschlandfunk) gewählt.

Spiegel-Online-Chefredakteur **Rüdiger Ditz** wurde zum geschäftsführenden Redakteur ernannt. Neben **Florian Harms** wird die bisherige Panorama-Ressortleiterin **Barbara Hans** Vize-Chefin bei SpOn. Die bisherige stellvertr. SpOn-Chefredakteurin **Jule Lutteroth** soll sich künftig um Storytelling-Projekte kümmern.

Axel Flemming, Radiojournalist beim Deutschlandradio, ist neuer Vorsitzender der Landespressekonferenz (LPK) in Brandenburg. Weitere Vorstandsmitglieder sind **Amelie Ernst**

(RBB), **Klaus Peters** (dpa), **Gunnar Krüger** (ZDF), **Gudrun Mallwitz** (Berliner Morgenpost), **Yvonne Jennerjahn** (epd) sowie **Benjamin Lasowe** (Lausitzer Rundschau).

Andreas Genz ist ab 1. Juli neuer Geschäftsführer für die dpa Picture-Alliance. Der 41-Jährige kommt von der Agentur Thomson Reuters, wo er derzeit als Global Head of Picture Sales tätig ist. An der Spitze der dpa Picture-Alliance GmbH wird Genz ein Team mit **Edith Stier-Thompson** bilden, die seit 2007 Geschäftsführerin der Fotoagentur ist, sich künftig aber verstärkt ihren neuen Aufgaben bei der news aktuell GmbH widmen wird. Bei diesem dpa-Tochterunternehmen in Hamburg tritt Edith Stier-Thompson am 1. September ihre neue Stelle als Geschäftsführerin an.

Ab Mai ist **Steffen Haug** alleine Chefredakteur von Spiegel TV. Seit

Ende 2011 hatte Haug die Produktionsfirma gemeinsam mit **Marc Brasse** geleitet. Brasse wechselt nach 21 Jahren bei Spiegel TV zum NDR Fernsehen, wo er für zeitgeschichtliche und investigative Dokumentationen verantwortlich sein wird.

Michael Bütow, zuletzt Geschäftsführer der H&V Entertainment GmbH und Leiter der TV-Movie-Abteilung der Odeon Film AG, folgte bei der Produktionsfirma Mecom München als Leiter des Bereichs Fiction auf **Jo-ke Kromschroder**, der das Unternehmen verließ.

Bernhard Hock ist neuer Geschäftsführer von Regio TV Schwaben, **Marcel Wagner** neuer Programmchef des Senders mit Sitz in Ulm.

Christiane Krogmann, bisher in verschiedenen verantwortlichen Positionen für ARD-aktuell tätig, u. a. als

Impressum



«M – Menschen Machen Medien»
Medienpolitische ver.di-Zeitschrift,
erscheint acht Mal im Jahr

Herausgeber: Fachbereich 8 (Medien,
Kunst, Industrie), Bundesvorstand:
Frank Bsirske / Frank Werneke

Redaktion: Karin Wenk (verantwortlich),
Telefon 030 / 69 56 23 26

Anschrift: ver.di Bundesverwaltung /
Karin Wenk, Redaktion M,
Paula-Thiede-Ufer 10, 10179 Berlin,
Fax: 030 / 69 56 36 76

E-Mail: karin.wenk@verdi.de
Für unverlangt eingesandte Artikel und
Bilder übernimmt die Redaktion keine
Verantwortung. Gezeichnete Beiträge
stimmen nicht immer mit der Meinung
der Redaktion überein.

Anzeigen:
Network Media GmbH
Stresemannstraße 30, 10963 Berlin
Ansprechpartner:

Nicole Stelzner (Leiterin)
Tel: 030 / 255 94 – 180
Fax: 030 / 255 94 – 190
E-Mail: stelzner@nwmd.de

Gültige Anzeigenpreisliste:
Nr. 19 gültig ab 1.1.2014

M im Internet
<http://mmm.verdi.de>

Layout: Petra Dreßler, Berlin
Tel. 030 / 322 18 57

Titelbild: Hermann J. Haubrich,
Berlin, Tel. 0171 / 343 88 10

Druck und Vertrieb:
alpha print medien AG (apm)
Kleyerstraße 3, 64295 Darmstadt

Jahresabonnement:
36,- € einschließlich Versandkosten.
Abonnementsverwaltung:
Verlagsgesellschaft W.E. Weinmann
mbH, Postfach 1207, 70773 Filderstadt,
Telefon 0711 / 700 15 30. Fax: –10
E-Mail: service@verlag-weinmann.de

Für Mitglieder der Medien-Fachgruppen
ist die Bezugsgebühr im Mitgliedsbeitrag
enthalten. ver.di-Mitglieder aus anderen
Fachgruppen zahlen 18 € – eine geson-
derte Bestellung ist notwendig.

Weitere Publikationen:
„Kunst & Kultur“
verantwortlich: Burkhard Baltzer
Tel. 030 / 69 56 – 10 60
„Druck + Papier“ verantwortlich:
Helma Nehrlich Tel: 030 / 613 09 664

Redaktionsschluss:
M 2.2014: 21.02.2014
M 3.2014: 28.03.2014
ISSN-Nr.: 09 46 – 11 32

Nachrichtenchefin der „Tagesschau“, folgt als Redaktionsleiterin von tageschau.de auf **Andreas Hummelmeier**, der auf eigenen Wunsch wieder Chef vom Dienst bei der „Tagesschau“ wird.

Sabine Küchler, u. a. Autorin und bislang für das kulturelle Feature beim Deutschlandfunk zuständig, löst als Leiterin der DLF-Hörspielredaktion **Elisabeth Panknin** ab, die in den Ruhestand ging.

Dr. **Christoph Kucklick**, früher schon in leitender Funktion für Geo-Titel tätig, zuletzt u. a. freier Autor für diverse Magazine sowie Berater für Verlage und Hochschulen, löst zum 1. Juli als Chefredakteur von Geo und anderer Titel aus der Geo-Familie **Peter-Matthias Gaede** ab, der Berater des G+J-Vorstands wird.

Nach elf Jahren kehrt Moderatorin **Monica Lierhaus** zurück zu Sky. Pünktlich zur FIFA Weltmeisterschaft in Brasilien wird sie eine exklusive Interviewreihe mit den großen Stars des Fußballsports im Sportnachrichtensender präsentieren.

Ab 1. April 2014 verstärkt **Bascha Mika**, langjährige taz-Chefredakteurin, die redaktionelle Leitung der Frankfurter Rundschau. Der bisherige Chefredakteur der Frankfurter Rundschau, **Arnd Festerling**, wird weiterhin die Redaktion der FR leiten. **Michael Bayer** wird vor allem für die digitalen Lösungen verantwortlich zeichnen.

Bernd Neumann, früherer Kulturstaaatsminister, ist neuer Präsident der Filmförderungsanstalt (FFA). Zu seiner Stellvertreterin wählte der Verwaltungsrat die MDR-Intendantin **Karola Wille**. Neumann folgt als Präsident der FFA auf Produzent **Eberhard Junkersdorf**.

Günther Nonnenmacher verlässt Ende Juni das Herausbergremium der FAZ. Ein Nachfolger wird nicht berufen, vielmehr übernimmt **Bertold Kohler**, Vorsitzender des Herausbergremiums, zusätzlich Nonnenmachers Aufgaben.

Zeit Online gründet ein neues Investigativ-Team und ernennt **Karsten Polke-Majewski**, bisher stellv. Chefredakteur zum Leiter. Den Posten des stellv. Chefredakteurs übernimmt **Markus Horeld**, bisheriger Ressortleiter Politik und Gesellschaft. **Kai**

Biermann, Philip Faigle und **Sascha Venohr** treten als weitere Mitglieder dem Team Investigativ/Daten bei. Biermann ist bei Zeit Online bisher für Internet, Datenschutz und Netzpolitik zuständig, Philip Faigle als Redakteur im Wirtschaftsressort tätig. Sascha Venohr verantwortet als Head of Data Journalism datenjournalistische Belange.

CHIP hebt die redaktionelle Trennung zwischen Online und Print auf. Als CEO bei CHIP verantwortet **Thomas Pyczak** den gesamten Content-Bereich mit drei Chefredakteuren, die zukünftig plattformübergreifend für Print und Digital arbeiten. An der Spitze der Redaktionen stehen **Carl Schneider**, **Martin Gollwitzer** und **Josef Reitberger**. CHIP ist ein Unternehmen der Hubert Burda Media.

Carla Sappok, bislang Leiterin der Abteilung Aktuelle Information bei SWR1 Baden-Württemberg sowie stellv. Programmchefin und Programm-Managerin der Welle, folgt als Programmchefin von SWR1 Rheinland-Pfalz und stellv. Direktorin des Landessenders **Harald Weiß** nach, der im Oktober 2013 verstarb.

Ulrike Sárkány, bisher Redakteurin in der Literaturredaktion des NDR, folgte als deren Leiterin auf **Stephan Lohr**, der über 25 Jahre lang Redakteur des „Kulturellen Wortes“ war und nun in den Ruhestand trat.

Ulrich Sautter ist der neue Chefredakteur des Wein- und Gourmetmagazins Falstaff. **Ursula Haslauer** und **Christoph Teuner** wurden zu Herausgebern ernannt. Sie folgen auf **Hans Mahr**, der aus der Falstaff Deutschland GmbH ausgeschieden ist.

Kathrin Schade, bisher u. a. für „NDR Aktuell“ und die „Heute“-Redaktion des ZDF tätig, verstärkt das Moderatorenteam von Phoenix; weiterhin wird sie bei der Radiowelle NDR 2 Nachrichtensendungen und aktuelle Magazine präsentieren.

Im Rahmen von Personalumstrukturierungen beim Tagesspiegel steigt **Juliane Schäuble**, die bisher nur eine stellv. Funktion einnahm, zur Ressortleiterin Politik auf. Damit folgt sie auf **Lutz Haverkamp**, der nun die Leitung des Newsroom übernimmt. Neue Ressortleiter Wirtschaft werden die beiden Wirtschaftsredakteure **Heike Jahberg** und **Kevin P. Hoffmann**. Der bisherige Ressortleiter

Wirtschaft **Moritz Döbler** verantwortet seit letztem Jahr den Bereich Konzepte und Kooperationen. **Patricia Wolf** wird neue Chefin vom Dienst, sie tritt die Nachfolge von **Thomas Wurster** an, der seit letztem Jahr Verlagsleiter für Projekte bei der Tagesspiegel-Gruppe ist. **Christoph von Marschall** wird geschäftsführender Redakteur und übergibt die Leitung des Büro Washington an **Barbara Junge**. Die Leitung des Reportageressorts Die Dritte Seite übernimmt von nun an **Katja Füchsel**.

Klaus Schrotthofer ist zum Geschäftsführer der Mediengruppe Neue Westfälische berufen worden. Er wird die Geschicke des ostwestfälischen Verlagshauses zusammen mit **Wolfgang Kaeller** in die Hand nehmen. Schrotthofer arbeitete bei einigen Printtitel in verantwortlicher Position. Zuletzt managte er die „Zeitungsguppe Thüringen“, Erfurt, als Verlagsgeschäftsführer. Seit Mitte 2013 war er freier Medienberater.

Der neue Pressesprecher des ifo Instituts in München heißt **Harald Schultz**. Er war zuletzt freiberuflich in Berlin tätig, vor allem für Zeit Online sowie bei der Agentur Kircher Burkhardt für Mitarbeiter-Zeitschriften. Davor war er Ressortleiter Wirtschaft bei der Nachrichtenagentur dapd.

Sebastian Sigler, bisher in verschiedenen Funktionen für Fernsehsender und als Autor für Printmagazine tätig, wurde Chefredakteur des elektronischen Finanzmagazins Börse am Sonntag (Weimer Media Group), das ab Ende Februar auch in gedruckter Form vorliegen wird. Chefkolumnist des Magazins ist ZDF-Wirtschaftskorrespondent **Reinhard Schlieker**; regelmäßige Beiträge wird der Karikaturist **Wolfgang Horsch** liefern.

Der TV-Produzent **Philipp Steffens** ist seit 1. März Bereichsleiter Fiction bei RTL. Der 34-Jährige tritt die Nachfolge von **Barbara Thielen** an, die den Sender Ende März verlässt.

Personalien beim ZDF: **Theo Koll**, Leiter der Hauptredaktion Politik und Zeitgeschehen sowie Moderator, löst zum 1. Juli als Studioleiter in Paris **Alexander von Sobock** ab, der als Studioleiter nach Rom wechselt. Von dort kehrt **Antje Pieper** nach Mainz zurück und wird stellv. Leiterin der Hauptredaktion Politik und Zeitgeschehen sowie Moderatorin des „Auslandsjournals“. Kolls Nachfolger wird **Matthias Fornoff**, derzeit Leiter der „heute“-Redaktion und Moderator der 19-Uhr-Nachrichten.

Henning Otte ist seit dem 1. März neuer Landesbüroleiter der Nachrichtenagentur dpa in Stuttgart. Er folgt auf **Matthias Röder**, der als dpa-Büroleiter nach Wien gewechselt ist.

Gerhard Voogt, der zuvor als landespolitischer Korrespondent bei der Rheinischen Post angestellt war, wechselt nun zum Express, für den er bis 1999 bereits als Rathausreporter tätig war. Dort wird er als Leitender Redakteur NRW anfangen.

Anzeigen

www.drehbuchcamp.de

Drehbuchseminare
Fiktion • Doku

seit 19 Jahren



DrehbuchCamp

7.-12.4.2014 in Freiburg/Br.
1.-6.9.2014 in Frankfurt/M.

SOZIALVERBAND

VdK

BAYERN

Zukunft braucht Menschlichkeit.

Ob Rente, Behinderung, Gesundheit oder Pflege,
Fachkompetenz in allen sozialpolitischen Fragen.

Dr. Bettina Schubarth, Pressesprecherin
Schellingstraße 31 • 80799 München • Tel. 089 / 2117-289
Fax 089 / 2117-280 • b.schubarth@vdk.de • www.vdk-bayern.de

Steuererklärung 2013

STEUERN ZURÜCKHOLEN MIT DEM TESTSIEGER

- ★ schnell!
- ★ leicht!
- ★ maximale Rückerstattung!
- ★ Erstattungsbetrag durchschnittlich 832 € laut Statistischem Bundesamt



Bis zu 35 % Rabatt für ver.di-Mitglieder
ab 20,40€:

www.verdi-mitgliederservice.de/steuertipps



für Windows
und Mac